

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erschint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementpreis für Berlin frei Haus vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Postabonnement 3,30 Mark pro Quartal. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1890 unter Nr. 892, V. Nachtrag.)
 Unter Preisband, täglich durch die Expedition, für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Insertionsgebühr

beträgt für die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Beuthstraße 3, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3-7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.
 Fernsprecher: Amt VI. Nr. 4106.

Redaktion: Beuthstraße 2. — Expedition: Beuthstraße 3.

Zum Kampf mit geistigen Waffen.

Ein fortschrittliches Blatt, der „Fränkische Kurier“, bringt in einer seiner letzten Nummern unter der Ueberschrift: „Sozialdemokratische Fiktionen“, nachstehende Korrespondenz aus Magdeburg, vom 12. Oktober: „Trotzdem die Redakteure der hiesigen „Volksstimme“ auf Veranlassung Bebel's seiner Zeit durch eine künstlich zusammengestrickelte Majorität gemaspregelt und dadurch zur Niederlegung der Redaktion veranlaßt wurden, sieht das Blatt doch noch immer nicht auf dem Standpunkt der Fraktion und der „Autoritäten“. Dr. Lux, der nunmehrige politische Leiter des Blattes, mag ja streng rechtgläubig sein, die Magdeburger Arbeiterschaft aber steht in ihrer Mehrheit auf einem demokratischen Standpunkt, der sich nun einmal mit der Paschawirtschaft, wie sie manchem Führer als politisches Ideal vorschwebt, nicht vereinbaren läßt. Dies zeigte sich deutlich bei der Wahl zum Parteikongreß in Halle. Es wurden, wie die „Volksstimme“ nachträglich festgestellt hat, in der entscheidenden Versammlung für die Kandidaten der Opposition 608 St. abgegeben, während auf die Kandidaten der Fraktion nur 588 Stimmen fielen. Wenn dennoch 2 Anhänger der Fraktion zu Delegirten gewählt wurden, während die Opposition nur Einen Delegirten durchsetzen konnte, so findet dies darin seine Erklärung, daß die Wahl hier in Magdeburg wie allenthalben im Lande auf Grund eines Wahlsystems stattfand, welches von der vorgeschrittenen Demokratie schon längst als unzulänglich erkannt ist, aber von den Führern der Sozialdemokratie noch immer bei den Parteiwahlen beibehalten wird, weil es ihnen zur Erreichung ihrer Sonderzwecke treffliche Dienste leistet. Die „Volksstimme“, in deren Spalten sich häufig die Anschauungen der Opposition geltend zu verschaffen wissen, meint denn auch, daß es an der Zeit sei, innerhalb der Partei mit dem veralteten Wahlmodus aufzuräumen, um so mehr, als man denselben im Kampfe mit der bestehenden Ordnung der Dinge ja stets als undemokratisch bezeichne.“

Ein fernerer Beweis dafür, daß durch die Neu-besetzung der Redaktion des hiesigen Arbeiterblattes das-selbe noch keineswegs zu einem auf das Wort der Führer eingeschworenen Partee reptil degradirt worden ist, wird durch einen beachtenswerthen Artikel geliefert, dessen Spitze sich gegen den Personenkultus richtet, der mit Karl Marx getrieben wird. Es handelt sich in diesem Falle zwar nur um ein „Eingefändel“ und nicht um eine eigene

Meinungsaussäuerung der Redaktion; der Umstand aber, daß die letztere die betreffende Zuschrift ohne jegliche Bemerkung veröffentlicht, läßt zur Genüge erkennen, daß sie ernstliche Einwendungen dagegen nicht zu machen hat. Der Artikel hat folgenden Wortlaut:

„In der eben erschienenen Nummer der „Neuen Zeit“ befindet sich eine Arbeit von La Jargue: Karl Marx, persönliche Erinnerungen. Ich würde hier nicht auf dieselbe hinweisen, wenn der Inhalt derselben nicht ein neuer und prägnanter Beweis wäre für den Kultus, welcher sowohl in unserer Literatur wie im politischen Leben mit der Person Marx's getrieben wird. Marx ist der mit einem Glorionschein umgebene Heilige, dessen Worte man andächtig in sich aufnimmt, dessen Ansichten wie Orakelsprüche gelten, gegen die es keinen Widerspruch giebt. Dieser von der Persönlichkeit Marx's ausgehende Bann, unter welchem der gesammte Sozialismus lebt, ist wohl ein Beweis für seine geistige Ueberlegenheit und für die gewaltige Bedeutsamkeit der von ihm aufgestellten Theorien, aber es ist auch ein Beweis einer furchtbaren Leere, in welche der wissenschaftliche Sozialismus verfallen ist. Die bürgerliche Oekonomie ist unproduktiv. Das ist wahr, aber die sozialistische nicht minder. Seit Marx seine Werke schrieb, ist auch nicht ein einziger neuer Gedanke in derselben aufgetaucht, wir nähren uns noch immer ausschließlich von dem, was im „Kapital“ niedergelegt ist, ein weiterer Ausbau ist nicht erfolgt. Unsere Literatur steht in Bezug auf den wissenschaftlichen Kern unserer Lehren seit Jahrzehnten still, und selbstständige Arbeiten, die über Marx hinausgehen, finden wir nicht in derselben. Wir haben in dieser Beziehung den Vertreter der bürgerlichen Oekonomie, deren Anfang und Ende auch heute noch Smith-Ricardo ist, absolut nichts vorzuwerfen.“

„Aber der Kultus, den wir mit Marx treiben, geht noch weiter, er erstreckt sich sogar auf seine Person, und ein neues Opfer ist demselben soeben von La Jargue in der oben angeführten Arbeit dargebracht worden. Er schildert den „Meister des sozialistischen Gedankens“ in seinem Arbeitszimmer und sagt hinzu: „Dieses Zimmer ist historisch, und man muß es kennen, will man in das Marx'sche Geistesleben von seiner intimen Seite eindringen.“ Das erinnert uns bedenklich an jenes historische Gesenker im königlichen Palais zu Berlin, in welchem der „Meister des deutschen Einheitsgedankens“ die Huldigungen seiner Unterthanen entgegennahm.“

„Unbeschadet der eminenten wissenschaftlichen Be-

deutung Marx's glaube ich doch, daß eine derartige Verhimmelung seiner Person nicht dem demokratischen Geiste unserer Partei entspricht. Man könnte mit demselben Recht eine Reliquiensammlung von den Gegenständen anlegen, die Marx im Leben gebraucht hat. Wenn die blindeifrigen Verehrer Goethe's jeden Splinter mit Andacht betrachten, der sich im Arbeitszimmer desselben befindet, wenn sie jede Zeile von seiner Hand, betreffe sie auch die gleichgiltigsten Gegenstände, mit der größten Ehrfurcht und heiligsten Scheu konserviren, so lächeln wir über einen solchen mit einem Menschen betriebenen Kult, aber wir thun auf der andern Seite dasselbe, vielleicht mit noch größerer Andachtsamkeit. Ich glaube, daß unsere Partei am besten fährt, wenn sie sich nicht in derartiger blinder Begeisterung für eine Person ausgiebt, sondern die „historischen Zimmer“ lieber der Betrachtung anderer Leute überläßt.“

Das ist wenigstens eine ehrliche Selbstkritik, die um so überraschender wirkt, als man sonst dergleichen im sozialdemokratischen Lager so überaus selten findet. Ein Glück für den Artikelschreiber ist es freilich, daß er seinen Namen nicht genannt hat — sonst würde Herr Liebknecht ihm in Halle „schon das Nöthige besorgen.“

Dies die Korrespondenz. Wir unterwerfen sie keiner Kritik — das hieße ihr zu viel Ehre anthun. Wir nageln sie einfach an. Das Volk soll sehen, wie diese Herren Fortschrittler den „Kampf mit geistigen Waffen gegen die Sozialdemokratie“ führen. Freilich, dieses hämische Geschimpfe hat, verglichen mit den Richter'schen Theilerei-Altweibermärchen, wenigstens den Vorzug, nicht ganz so langweilig zu sein.

Was den albernsten Artikel betrifft, den irgend ein verkappter Gegner in die „Magdeburger Volksstimme“ eingeschmuggelt hat, so sei bloß bemerkt, daß „die geistige Nahrung“ unserer Feinde auf dem Gebiete der Sozialpolitik und Nationalökonomie seit Jahrzehnten fast ausschließlich aus den Brosamen besteht, die von dem Tische der Sozialdemokratie abgefallen sind. Und das will uns Mangel an „neuen Ideen“ vorwerfen!

Ob die dankbare Verehrung eines großen und edlen Todten „Verhimmelung“ ist oder nicht, das lassen wir dahingestellt — jedenfalls hebt eine solche „Verhimmelung“ sich glänzend ab von dem blödsinnigen und rohen Götzendienst, den das „gebildete“ deutsche Bürgerthum ein Vierteljahrhundert lang mit einem B i s m a r k und dessen Hundten getrieben hat.

Birnstengel sah ungemein gravitätisch aus. „Sie entschuldigen wohl, Herr Professor, daß ich noch nicht das Vergnügen hatte, Sie kennen zu lernen.“

Der Lehramtskandidat lächelte, „Sie sind mir kein Fremder, Herr Birnstengel.“

„O bitte sehr, das Vergnügen ist meinerseits.“

Es dauerte noch eine Weile, ehe Birnstengel alle Höflichkeitsphrasen erschöpft hatte, und geschwellt von dem angenehmen Bewußtsein seiner Bildung, die auch einen Professor nichts schuldig blieb, sich neben seiner Angebeteten niederließ.

Emilie sah heute auch so wunderhübsch aus, so üppig und jugendfrisch, daß seine glückselige Miene und sein etwas geblähtes Wesen wohl begrifflich war.

Und sie war so heiter und aufgeweckt, ihre Wangen waren stark geröthet, als sie jetzt mit ihm sprach, ja, man konnte sie unruhig und aufgeregter finden. Der alte Brandhofer beobachtete dies Alles mit schmunzelndem Behagen. Er fand die unzweideutigen Symptome gegenseitiger Verliebtheit und rieb sich vergnügt die Hände. „Das Mädel hat ihn durch ihre bisherige Sprödigkeit erst recht in die Hüh' gebracht“, dachte er, „ah, diese Weiber sind immer die Feinern und wissen, wie sie's anzustellen haben, um Einen sicher zu kapern. Hat immer gethan, als läge ihr nichts an ihm, o Du, Du! jetzt hat sie ihn fest. Wie aber heut' die Sach' im Gang ist, muß es auch gleich zu einer Erklärung kommen.“

Er war schrecklich ungeduldig, dieser Vater, aber jeder Andere, der weniger als kein Vermögen und eine ledige dreißigjährige Tochter hat, wird das Dringende der Situation begreifen.

Der Tisch des Sattlers war bald dicht besetzt und immer noch kamen Freunde und Bekannte, die den Professor sehen und den Professor-Vater beglückwünschen wollten.

Fenilleton.

Victoria.

Roman von Minna Kautsky.

„Hand von der Butten!“ rief sie, „ob Du das sieh'n lassen wirst, und zu Oswald geendet: „Nein, gnädiger Herr, das lassen wir uns nicht wegzugieren, der kann sich mit was Andern anseufzen, und ich hab' dafür schon eine Verwendung. — Trinkt, Franzel, hast es' noch kein' Tropfen trinkt, und wenn's a bisserl warm ist, mach Dir nichts draus, trinkt wenigstens kein' Husten daruach.“

Sie hielt ihr das Glas an den Mund und das durstige Kind trank, ohne die Ungezogenheit und Böbelhaftigkeit dieser Zummthung zu empfinden, in naiver Guthmüthigkeit wieder nur von der naiven Gutherzigkeit berührt, die es ihr anbot.

Oswald hatte erstaunt aus dem Dunkel einen Mädchenkopf austauschen sehen, den er bisher nicht bemerkt.

Er war von dem Vorgang ebenso belustigt als indignirt, als er aber einen flüchtigen Blick auf die Kleine geworfen, wandte er sich von dieser äußern und innern Anseligkeit verlehrt, wieder ab, nachdem er mit den Worten: „Ich bitte, mein Fräulein,“ ihr ein frisches Glas Bier zugehoben.

Gleichzeitig stellten auch Poldi und Huber jeder ein Glas vor sie hin, und das arme Ding wurde nun bluthroth und zeigte sich von dieser Aufmerksamkeit offenbar viel peinlicher berührt, als vorher von der Rohheit.

Sie schüttelte in Ablehnung den Kopf und wollte die Gläser wieder zurückschieben, die Mädel aber hielt bewahrend ihre Hände darüber.

„Was fällt Dir denn ein, Franzel, g'schenkt ist g'schenkt, und was wir einmal haben, das geben wir nimmer z'rück.“

Sie leerte das eine Glas fast auf einen Zug und reichte das andere einer Kameradin, die von rückwärts hinzugetreten, über die Schulter hinaus, „Trink zu, Annerl, und laß die Herren leben, sie traktiren uns Madeln heut!“

Während es beim grünen Anger so gar ungenirt und urwüchsig zuzug und ein Bild echten Volkslebens bot, war es beim „goldnen Löwen“, wo die Kleinbürger und Philister von Kattenbach sich zusammen fanden, nicht halb so lustig. Im leitenden Ausschuss herrschte sogar große Verlegenheit. Man hatte einen Klavierpieler von Neustadt engagirt und der Gute, der längst hätte eintreffen sollen, wurde noch immer erwartet.

Inzwischen mehrten sich die Gäste, und eine große Anzahl würdig und behäbig aussehender Bürger mit ihren glanzvoll herausgeputzten Damen waren im Gartenfalon des Löwen bereits versammelt.

Auch die Brandhofer's waren vollzählig erschienen und Emanuel Birnstengel war ihnen entgegengeeilt, um sie zu dem von ihm besteckten Tisch zu geleiten.

Er war in seinen Ausdrücken heute noch gewählter als sonst. Das war des Professors wegen, der sollte es nur merken, daß der Birnstengel auch zu Denen gehörte, die wissen, was Bildung ist.

Er begrüßte Jeden besonders.

„Meine Hochachtung! — Meine Hochachtung! — Meine Hochachtung! Wie steht das werthe Befinden, Frau von Brandhofer? und das werthe Befinden von Fräulein Tochter? und — —“ er warf einen raschen Seitenblick auf den Professor.

„Sie kennen doch unsern Sohn, Herr Birnstengel?“ fragte der alte Brandhofer.

Organisation

der

sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

§ 1. Zur Partei gehörig wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und die Partei nach Kräften unterstützt.

§ 2. Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder wer sich ehrlöser Handlungen schuldig gemacht hat. Ueber die Zugehörigkeit zur Partei entscheiden die Parteigenossen der einzelnen Orte oder Reichstags-Wahlkreise.

Gegen diese Entscheidungen steht den Betroffenen die Berufung an die Parteileitung und den Parteitag zu.

Vertrauensmänner.

§ 3. Die Parteigenossen in den einzelnen Reichstags-Wahlkreisen wählen in öffentlichen Versammlungen zur Wahrnehmung der Parteinteressen einen oder mehrere Vertrauensmänner. Die Art der Wahl dieser Vertrauensmänner ist Sache der in den einzelnen Kreisen wohnenden Genossen.

§ 4. Die Wahl der Vertrauensmänner erfolgt alljährlich und zwar im Anschlusse an den vorausgegangenen Parteitag. Die Vertrauensmänner haben ihre Wahl mit Angabe ihrer genauen Adresse sofort der Parteileitung mitzuteilen.

§ 5. Tritt ein Vertrauensmann zurück oder tritt sonstwie eine Vakanz ein, so haben die Parteigenossen umgehend eine Neuwahl vorzunehmen und davon entsprechend § 4 Abs. 2 der Parteileitung Mitteilung zu machen.

§ 6. In einzelnen Staaten, in welchen aus gesetzlichen Gründen die in den vorstehenden Paragraphen gegebenen Vorschriften unausführbar sind, haben die Parteigenossen den örtlichen Verhältnissen entsprechende Einrichtungen zu treffen.

Parteitag.

§ 7. Alljährlich findet ein Parteitag statt, der von der Parteileitung einzuberufen ist. Hat der vorhergehende Parteitag über den Ort, an welchem der nächste Parteitag stattfinden soll, keine Bestimmung getroffen, so muß die Parteileitung mit der Reichstags-Vertretung hierüber sich verständigen.

§ 8. Die Einberufung des Parteitages muß spätestens vier Wochen vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das offizielle Parteiorgan mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen. Die Einladung zur Beschickung des Parteitages ist mindestens dreimal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen. Anträge der Parteigenossen für die Tagesordnung des Parteitages sind bei der Parteileitung einzureichen, die dieselben spätestens 10 Tage vor der Eröffnung des Parteitages durch das offizielle Parteiorgan bekannt zu geben hat.

§ 9. Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei. Zur Teilnahme an demselben sind berechtigt:

1. die Delegierten der Partei aus den einzelnen Wahlkreisen, mit der Einschränkung, daß in der Regel kein Wahlkreis durch mehr als 3 Personen vertreten sein darf.

Insofern nicht unter den gewählten Vertretern des Wahlkreises Frauen sich befinden, können weibliche Vertreter in besonderen Frauenversammlungen gewählt werden.

2. die Mitglieder der Reichstags-Fraktion;

3. die Mitglieder der Parteileitung.

Die Mitglieder der Reichstags-Fraktion und der Parteileitung haben in allen die parlamentarische und die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur beratende Stimme. Der Parteitag prüft die Legitimation seiner Teilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt seine Geschäftsordnung.

§ 10. Zu den Aufgaben des Parteitages gehören:

1. Entgegennahme des Berichts über die Geschäftstätigkeit der Parteileitung und über die parlamentarische Tätigkeit der Abgeordneten.

2. Die Bestimmung des Ortes, an welchem die Parteileitung ihren Sitz zu nehmen hat.

3. Die Wahl der Parteileitung.

4. Die Beschlußfassung über die Parteioorganisation und alle das Parteileben betreffenden Fragen.

5. Die Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge.

§ 11. Ein außerordentlicher Parteitag kann einzuberufen werden:

1. durch die Parteileitung;

2. auf Antrag der Reichstags-Fraktion;

3. auf Antrag von mindestens 15 Wahlkreisen.

Falls die Parteileitung sich weigert, einem Antrag auf Einberufung eines außerordentlichen Parteitages stattzugeben, so ist derselbe durch die Reichstags-Fraktion einzuberufen. Als Versammlungsort eines ordentlichen Parteitages ist ein geographisch möglichst günstig gelegener Ort zu bestimmen.

§ 12. Die Einberufung des außerordentlichen Parteitages muß spätestens vierzehn Tage vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das offizielle Parteiorgan in wenigstens drei aufeinanderfolgenden Nummern mit Angabe der Tagesordnung erfolgen. Anträge der Parteigenossen sind spätestens 7 Tage vor der Abhaltung des Parteitages im offiziellen Parteiorgan zu veröffentlichen. Im übrigen gelten für die außerordentlichen

Parteitage dieselben Bestimmungen wie für die ordentlichen Parteitage (§§ 8-10).

Parteileitung.

§ 13.

Die Parteileitung besteht aus 12 Personen, und zwar aus 2 Vorsitzenden, 2 Schriftführern, 1 Kassierer und 7 Kontrolleuren. Die Wahl der Parteileitung erfolgt durch den Parteitag mittels Stimmzettel. Nach erfolgter Wahl hat die Parteileitung ihre Konstituierung vorzunehmen und dieselbe im offiziellen Parteiorgan bekannt zu machen. Die Parteileitung verfügt nach eigenem Ermessen über die vorhandenen Gelder.

§ 14. Die Mitglieder der Parteileitung können für ihre Tätigkeit eine Befoldung beziehen. Die Höhe derselben wird durch den Parteitag festgesetzt.

§ 15. Die Parteileitung besorgt die Parteigeschäfte, kontrolliert die prinzipielle Haltung der Parteiorgane, beruft die Parteitage, und erstattet auf denselben über ihre Tätigkeit Bericht.

§ 16. Scheidet einer der Vorsitzenden, Schriftführer oder der Kassierer aus, so ist die Vakanz durch eine von den Kontrolleuren vorzunehmende Neuwahl zu ergänzen.

Parteiorgan.

§ 17. Zum offiziellen Parteiorgan wird das „Berliner Volksblatt“ bestimmt. Dasselbe erhält vom 1. Januar 1891 ab den Titel:

„Vorwärts“

Zentral-Organ der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Alle offiziellen Bekanntmachungen sind an hervortragender Stelle des redaktionellen Theiles zu veröffentlichen.

Abänderung der Organisation.

§ 18. Änderungen an der Organisation der Partei können nur durch einen Parteitag vorgenommen werden, doch muß die absolute Mehrheit der anwesenden Vertreter sich dafür erklären. Anträge auf Abänderung der Organisation können nur beraten werden, wenn sie innerhalb der Fristen, welche die §§ 7 und 11 vorschreiben, zur öffentlichen Kenntnis der Parteigenossen gelangt. Eine Abweichung von der letzteren Bestimmung ist nur dann zulässig, wenn mindestens $\frac{3}{4}$ der anwesenden Vertreter auf einem Parteitag sich für die Abweichung entscheiden.

Politische Uebersicht.

Der nächste internationale Arbeiterkongress. Es ist bezüglich des Einberufungs-Mobus, der Zeit, des Orts u. s. w. zu einer Verständigung gekommen, die zwar noch nicht definitiv ist, jedoch unzweifelhaft definitiv werden wird. Hiernach wird das von dem Pariser Kongress ernannte Schweizer (Zürcher) Exekutivkomitee, welches das Mandat erhalten hat, den nächsten Kongress nach der Schweiz oder nach Belgien zu berufen, unter Vorbehalt seiner Rechte, sich mit dem Generalrat der belgischen Arbeiterpartei, dem der Possibilistenkongress das Mandat zur Einberufung eines internationalen Kongresses erteilt hat, dahin einigt, den nächsten internationalen Arbeiterkongress gemeinschaftlich einzuberufen, und zwar nach Brüssel (Belgien).

Zu dem Kongress, welcher den 16. August des künftigen Jahres (1891) zusammentreten soll — voraussichtlich auf 8 Tage — werden alle Arbeitergruppen und Arbeiterorganisationen der Welt eingeladen werden. Die Mandatsprüfung findet durch den Kongress statt, der in diesem wie jedem anderen in den Kreis seiner Wirksamkeit gehörigen Punkt souverän ist. Alle für den Kongress bestimmten Berichte sind, auf Kosten der betreffenden Länder und Organisationen, dem Kongress gedruckt vorzulegen, und zwar in drei Sprachen: deutsch, französisch und englisch. Die Zahl der Berichte ist nicht beschränkt, jedoch darf keiner derselben im Original den Raum eines Druckbogens (16 Oktavseiten) übersteigen. Das Einberufungskomitee wird in kürzester Zeit (spätestens binnen drei Wochen von jetzt an) die Tagesordnung des Kongresses den in Betracht kommenden Arbeiter-Organisationen vorzulegen.

Der Kerger der Feinde über den glänzenden Verlauf des Halle'schen Kongresses äußert sich in der spaßhaftesten Weise. So schreibt z. B. die „Kreuz-Zeitung“:

Aus dem bisherigen Verlaufe des sozialdemokratischen Parteitages in Halle a. S. geht hervor, daß, wie wir längst vorausgesehen, die „Alten“ die Versammlung unbedingt beherrschen, so daß von einer „Fraktionsregierung“ im eigentlichen Sinne des Wortes gesprochen werden darf, wie sie keine andere Partei in diesem Maße kennt. Die vornehmlich durch Werner-Berlin vertretene Opposition erfährt eine

flackernde Lustigkeit nur eine Maske gewesen, hinter der sich jener leidenschaftliche Jörn verbarg, der sich seit dem Moment, wo sie, die Stiefel in der Hand, von Paul hinweggestürzt war, noch nicht völlig gelegt hatte?

Bei den lustigen Klängen der Wiener Walzer schien ihre Ungebild und unbewußtlich zu werden. Sie hörte nicht mehr auf die gewählten Worte des gebildeten Sattlers und schloß von Zeit zu Zeit die Augen. Sollte ihr ein anderes Bild um so deutlicher erstehen?

Als jetzt die gute Frau Brandhofer bemerkte: „Der Poldi spielt aber heute schon wunderbar“, entgegnete sie in unmutiger Gereiztheit: „Ja, die unterhalten sich da drüben, die tanzen, aber wir —“

„Wir brauchen nicht erst zu tanzen, um uns zu unterhalten“, rief Birnstengel enthusiastisch, indem er einen viel-sagenden Blick wagte.

„Aber ich will tanzen“, sagte Mili, und ihren kraft-strohenden Körper durchzuckte Verlangen, „ich bin des Sitzens müde, ich möchte tanzen, fliegen rasen!“

„Ganz mein Fall, Fräulein Mili, und wenn Sie mir erlauben, den Arm um Ihre verehrten Hüften zu legen — so bin ich so frei — darf ich um die erste Tour bitten?“

„Wollen Sie die Musik vielleicht mit der Maultrommel dazu machen?“ fragte sie schnippisch.

Der Arrangeur des Kränzchens kam erheitert und in geschäftiger Eile an ihrem Tische vorüber.

„Ist der Klavierpieler schon da?“ fragten Alle.

„Keine Spur, der Glende! Aber denken Sie nur, die Verlegenheit, der Herr Bürgermeister selbst mit Gemahlin und Tochter haben uns beehrt. Aber ich weiß, was ich thue, ich hole mir den Pecher mit seiner Bande herüber.“

„Das ist eine Idee, bravo! bravo!“

Auch die Mili klatschte entzückt in die Hände.

Aber es dauerte nicht lange und der Arrangeur kam noch erheitert, aber keineswegs erheitert zurück.

„Nun was ist's, kommt der Poldi?“ wandten sich Alle fragend ihm entgegen.

„Der dumme Kerl! ich wollte Jedem von der Bande einen Gulden geben, aber er will nicht. Und frech ist er

Behandlung, die unter „Genossen“ fast noch zulässig erscheint. — Was der Abgeordnete Grillenberger über die Haltung der „Berliner“ sagt, „Schmach und Schande“ auf die Partei gehäuft hätte, aber

Alles, was in dieser Hinsicht sonst vorgekommen ist. In Deutschland wenigstens in man das bis jetzt nicht gewohnt gewesen scheint aber freilich, als befänden wir uns auch hier auf dem Wege des „Fortstretens“. Die „Berliner“ lassen die die Beschimpfungen, deren sie fast bei jeder Worte ausgepflegt sind, ruhig gefallen; und

muthlich weil sie fühlen, daß gegen die „Berliner“ Parteileitung „vorsorglich“ geschaffene Organisation zunächst nicht aufzukommen ist.

aus ganz Deutschland zusammengeströmten Vertreter sind natürlich auf Grund ihrer unbedingten Jugamkeit ausgewählt worden.

Die sozialdemokratische Parteileitung scheint sich die „freiständige“ des Abg. E. Richter zum Muster genommen zu haben, der launlich im letzten Frühjahr auf eben diese Weise den Abgeordneten verstanden hat, welcher unter nomineller Führung des Abg. Schrader aus der Partei heraus gegen

gerichtet wurde. Den „Jungen“ fehlt aber die Erfahrung über welche die „Alten“ neben ihrem naturgemäßen

Stimme verfügen. Sie sind zum Theil naiv genug gewesen, zu glauben, daß eine große Partei mit einigen mehr oder weniger gelunglich vorgebrachten Reden regiert werden kann. Jetzt werden sie einsehen, daß dazu mehr gehört, daß man sich überall

„Leute“ zusammensuchen muß, auf die in Zeiten der Noth Verlaß ist. — Jeder, der den Verhandlungen des Parteitages, auch nur mit einiger Aufmerksamkeit gefolgt ist, wird zugeben müssen, daß der Parteitag sich gegenüber der Opposition, so weit von

solchen die Rede sein kann, ein Entgegenkommen und eine Fairness bewiesen hat, wie sie nur unter Genossen zu erwarten ist.

Rebel's Kriegserklärung wider den Ultramontanismus hat die Gegner gewaltig aufgeregt. Die „Kreuz-Zeitung“ schreibt hierzu: „Die Centrumspresse nimmt den Handschuh, der Rebel ihrer Partei mit der Losung: „Kampf gegen den Ultramontanismus“ hingeworfen, mit stolzem Selbstgefühl auf

soll nur kommen, er wird uns gewappnet finden, klinge es auf allen Seiten wieder. Ob nicht etwas Ueberschätzung der eigenen Kraft dabei im Spiele ist, muß die Zukunft lehren. Wir haben den Eindruck, als ob überhaupt auf vielen Seiten der Partei gegen die Sozialdemokratie zu leicht genommen wird, obgleich man allerdings auch nach der anderen Seite hin übertrieben

wie es z. B. bei der „Köln. Ztg.“ der Fall ist, die sich seit dem Erlöschen des Sozialistengesetzes so hasenherzig benimmt, als ob das Deutsche Reich vor dem Zusammenbruch. Das Nichtigste offenbar, die Sache sehr ernst zu nehmen, aber doch nicht die Muth zu verlieren.“

Zur ländlichen Agitation. Die „Neue Württembergische Zeitung“ veröffentlicht aus Anlaß der Kongressdebatten über Propaganda auf dem Lande einen Artikel, dem wir folgende interessante Darlegungen entnehmen: „Wir brauchen die Arbeiter und Kleinbauern, soll unser Ringen nicht ein hoffnungsloses sein,“ so schrieb der geistige Führer der deutschen Sozialdemokratie, W. Liebknecht, schon im Jahre 1870 in seinem

„Die Grund- und Bodenfrage“, und an einer anderen Stelle er: „Wir können eine Revolution zwar machen ohne die Bauern, wir können sie aber nicht halten ohne die Bauern.“ Dieser richtigen Erkenntnis entsprechend, ist es nunmehr, nach Ablauf ihnen hinderlichen Gesetzes, die Absicht der Sozialdemokratie, Agitation auf das Land zu tragen, d. h. die Bauern zu klären, um sie reif für die geplante soziale Revolution zu machen.

denn daß die Umgestaltung der heutigen gesellschaftlichen Ordnung, wie sie die Sozialdemokraten vorhaben, auf dem Wege friedlichen Reform sich niemals verwirklichen lasse, das ist sicher keiner von ihnen. Ebenso klar sind sich dieselben darüber, daß, um die Bauern zu gewinnen, sie nicht mit der Thüre ins Haus zu fallen und ihnen ihre letzten Abfahrgeld

Endziel ihrer Bestrebungen enthüllen dürfen, denn, sagt Liebknecht, „die Kleinbauern, obgleich thätig, proletarisch oder dem Proletariat unaffilial

bend, hängen zum großen Theil noch sehr fest an dem Eigenthum, wenn es auch in den meisten Fällen ein nominelles, eingetheiltes (weil verschuldetes) Eigenthum ist.“

Expropriationsdekret würde unzweifelhaft die Mehrzahl der Bauern zum heftigsten Widerstand, vielleicht zur offenen Revolte reizen. Es gilt also, hier mit Bedachtsamkeit und mit möglichster Rücksichtnahme auf die Vorurtheile und vermeintlichen Interessen zu Werke zu gehen.“

Alles ganz richtig; allein trotz aller Besonnenheit und Rücksichtnahme dürften die Sozialdemokraten doch Erfahrung machen, daß sie in fruchtbaren Gegenden, in ein noch einigermaßen wohlhabender Bauernstand sesshaft, in ihren Belegungen keinen Anhang finden werden. Anders gestaltet sich die Sache in solchen Gegenden, in denen die Urproduktion an geringer Fruchtbarkeit des Bodens durch die früheren Zeiten gar nicht zu vermeidende und heute leider die geübte Raubwirtschaft so weit heruntergedrückt ist, daß die Schulden belasteten Kleinbauern unter unglücklichen Mähen, Entbehrungen ihren Lebensunterhalt nur nothdürftig

auch noch gewesen! Er könne seine Fremde nicht

Stiche lassen, meinte er, aber wenn wir keine Musik und gerne tanzen möchten, so sollten wir nur kommen.“

„Das ist unverschämte!“ rief es im Chor.

„Und Sie sollten nur sehen, wie toll und voll er drüben zugeht!“ rief der Herr Arrangeur, dessen glänzende Nase verrieth, daß er, wenn auch nicht toll, etwas voll war, „und die Heben, die die da drüben führen, die Lustigkeit, der Uebermuth. Und da immer, es ging den Leuten schlecht, zu gut geht's viel zu gut!“ Er rannte weiter.

Die Mili erhob sich.

„Wenn ich hinüber gegangen wäre, ich weiß, der hätte nicht Nein gesagt. Es braucht bei ihm nur richtige Wort —“

„Aber ein Frauenzimmer muß es sagen, und muß es sein“, ergänzte man lachend rundum.

„Aber Mili, probieren Sie Ihre Macht über den Poldi.“

„Kommen Sie, Herr Birnstengel“, sagte die Mili, einem freundschaftlichen Blick ihm zuwinkend, „wir wollen es mal versuchen.“

Birnstengel, voll glücklichen Stolzes, reichte ihr den Arm, und sie entfernten sich. Sofort steckten Alle um Tisch Sitzenden die Köpfe zusammen.

„Wie denn Brandhofer, da darf man wohl lachen —“

„Mit den Beiden scheint es schon richtig zu sein.“

„Natürlich, der Birnstengel ist schon völlig verliebt.“

„Und das mit dem Pecher, das war nur so ein Wund, das kennt man, die wollten allein sein.“

Der Brandhofer und seine Gattin saßen da voll Seligkeit. Sie sagten nicht Ja, sie sagten nicht Nein, schmunzelten nur und dachten dabei: Gott sei Dank wird Ernst.

Als die hübsche, ganz in Weiß gekleidete arme Birnstengel's in den Gasthausgarten zum Anger trat, entstand eine allgemeine Bewegung.

(Fortsetzung folgt.)

lingen vermögen, so daß diese Leute in materieller Beziehung viel schlimmer daran sind, als die Fabrikarbeiter und Handwerker, welche den Sozialdemokraten so willig Heeresfolge leisten. Dagegen noch zu den Besitzenden gehörig, werden diese Kleinbauern in dem bevorstehenden Kampfe leicht zu bewegen sein, sich auf die Seite der Besitzlosen zu stellen, weil sie der Meinung sind, daß jede Veränderung ihrer Lage zugleich auch eine Verbesserung derselben sein müsse, denn schlechter, als es sei, könne es ja nicht mehr werden. Im Jahre 1878 hielt Grillenberger in einem Wahlbezirk Unterfrankens so geschickte Reden, daß er bei der Reichstagswahl in einem Dorfe, in dem keine Fabrikarbeiter wohnen, von 123 abgegebenen Stimmen 94 und in 10 anderen Dörfern 205 bäuerliche Stimmen erhielt. Schon im Jahre 1874 jubelte Viehnecht: „Mit hoher Befriedigung muß unsere Partei konstatieren, daß die ländliche Bevölkerung Deutschlands — Landarbeiter und Kleinbauern — aus ihrem Schummer zu erwachen beginnt und bei den letzten Reichstagswahlen ein tüchtiges Kommen zu der halben Million sozialdemokratischer Wähler gestellt hat. Der Bauer ist gebrochen, das arbeitende Volk der Dörfer schaut sich Schulter an Schulter mit dem arbeitenden Volk der Städte, und unter gemeinsamem Banner kämpfen die nicht mehr feindlichen Brüder für die gemeinsame Sache der Arbeit. Ohne die Landarbeiter und Bauern war unser Ringen ein hoffnungsloses, mit ihnen ist der Sieg uns gewiß.“ Wie sehr muß erst Viehnecht durch den Ausfall der diesjährigen Reichstagswahlen in seiner Siegesgewissheit bekräftigt worden sein. Denn bekanntlich haben viele Tausende von Bauern mit ihren arbeitenden Brüdern der Städte unter gemeinsamem Banner gekämpft, und das hat sich jugendlich noch unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes! Wie werden erst die nächsten Reichstagswahlen ausfallen, wenn im westlichen nicht geschieht, was geeignet ist, den bedrängten Kleinbauern, für die nun nicht mehr verbotenen Aufstellungen und Verlockungen der Sozialdemokraten unzugänglich zu machen? Obgleich Ginzler weit davon entfernt ist, zu glauben, daß es den Sozialdemokraten jemals gelingen werde, die Bauern zu ihren Grundsätzen zu belehren und sie für ihren Staat ohne Gott, ohne Ehe und ohne Privateigentum zu erwärmen, so ist doch auf der einen Seite der beachtliche, wenn auch auf dem eingeschlagenen Wege nicht zu erreichende Zweck der sozialistischen Bestrebungen, die materiellen Lage der arbeitenden Volksklassen zu verbessern, ein so berechtigter und auf der anderen Seite ist die Lage des größten Theils der Kleinbauern eine so bedrängte, um mitunter vergewisselt, daß man sich nicht wundern darf, wenn sie sich den Sozialdemokraten, die ihnen Hilfe versprechen, in Masse anschließen. Freilich werden sie nicht weiter mit ihnen gehen, als sie es in ihrem Interesse für gut halten, dies aber könnte doch immerhin schon so weit sein, daß dadurch die Interessen anderer Besitzer in bedenklicher Weise gefährdet würden; Verfasser hat in dieser Beziehung schon im Jahre 1848, in einem fürstlichen Staatsgebiet unter rebellischen, verschuldeten Kleinbauern lebend, sehr gefährliche Anschauungen und Gelüste häufig zu hören bekommen. Dann aber auch könnten durch dies anfängliche Wuthun der Bauern die Sozialdemokraten in ihrer Siegesgewissheit so sehr bekräftigt werden, daß sie in den Städten um so rücksichtloser und kühner vorgehen und hierdurch die Arbeiter zu solchen Anschreitungen aufstacheln, die das Blutvergießen um so gewisser unvermeidlich machen, als es an der hierzu nötigen Engherzigkeit nicht fehlen dürfte.

Nach Viehnecht sollen die Bauern zunächst „über ihre wirklichen Interessen aufgeklärt und von der Hoffnungslosigkeit ihrer Lage überzeugt werden. Welches wird nicht schwer fallen, so lange von Seiten des Staates nicht Durchgreifendes geschieht, um die trostlose Lage der Kleinbauern zu verbessern und sie aus dem Zustande der Hoffnungslosigkeit, in dem sich die meisten längst befinden, zu erlösen. Aber was kann und soll der Staat in dieser Beziehung thun?“ Diese Ausführungen eines gegnerischen Blattes zeigen, wie günstig unsere Ansichten sind, wenn wir thätig und geschickt die Landagitation anpacken.

Herr Eugen Richter findet, daß die Berichterstattung des „Reichers Volksblatt“ eine durchaus gefälschte und parteiische sei. Von dem Chef der „Freis. Ztg.“, der in kleinlichen Mordgeleiten und Wadenkneifen erzählt, über Sachlichkeit der Berichterstattung belehrt zu werden, ist eine sehr späßhafte Geschichte.

Für die Ausbildung des preussischen Fabrikinspektors sollen von Landtage angelegt 500 000 Mark verwendet werden. Die Herren Landboten haben dann Gelegenheit, ihr angeblich so großes Interesse für die Sozialreform durch Bewilligung dieser verhältnismäßig kleinen Summe zu betätigen. Sie haben ja für andere, unproduktive Zwecke Millionen locker gemacht.

Ein nationalökonomisches Dreierlicht, der Professor Eifenhart in Halle a. S., hat soeben eine Broschüre vom Stapel gelassen: „Ein rücksichtsloses Wort zur Reform der deutschen Reichsverfassung.“ Der Verfasser verlangt die Aufhebung des allgemeinen gleichen Wahlrechts der deutschen Reichsverfassung, welches sich bisher schlecht bewährt habe (namentlich am 20. Februar) und der Demokratie zu schaden gekommen sei, überhaupt sei unsern heutigen sozialen Zuständen geradezu eine Gefahr für die Zukunft des Deutschen Reiches enthalte. An die Stelle des allgemeinen gleichen Wahlrechts müsse ein Wahlrecht treten, welches der Bildung (d. h. dem Kapital) und der Intelligenz das ihr gebührende Vorrecht sichere. Hierbei können entweder das preussische Dreiklassensystem oder das Wahlrecht nach Vermögensverhältnissen in Frage. Die unbedeutenden Vertreter der Arbeit sollen also beseitigt werden, damit man recht ungehindert in Arbeiterfreundlichkeit nach bekannten Mustern machen kann.

Die empfindlichen offiziellen Säcker haben eine furchtbare Scheu vor dem bösen Sozialismus. Ist da vor kurzem eine Schrift: „Zwölf Jahre Sozialistengesetz“, eine Geschichte der Sozialdemokratie, im Verlage der Berliner „Germania“ erschienen. Der „Reichs-Anzeiger“ hat dies Buch günstig besprochen. Anders in Sachsen. Die „Schles. Volksztg.“ verzeichnet die Thatsache, daß die königliche Expedition des Dresdener Journal nicht nur das Diszensions-Exemplar der Schrift unausgeschlitten zurückgeschickt, sondern gleichzeitig auch ein Inserat über die Schrift als für das Dresdener Journal „ungeeignet nicht angenommen hat. In Dresden muß also wohl, sagt die „Schles. Volksztg.“, schon bei dem Wort Sozialist selbst aus einer durchaus nicht sozialistischen Schrift eine gewisse Nervosität Platz greifen, die sich ja auch sonst in Sachsen vielfach in Behandlung der Sozialisten kundgegeben und die Sozialisten mehr als in irgend einem deutschen Lande — in Sachsen stark gemacht habe.

Verlorenes Liebesmüß. Die „Alln. Ztg.“ schreibt: „Zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, der nach dem Erlöschen des Sozialistengesetzes Thür und Thor vollends geöffnet sein, ist die Gründung eines Gesamtverbandes aller deutschen evangelischen Arbeitervereine und ähnlicher auf evangelisch-patriotischem Grunde stehender Bürger, Volks- und sozialer Vereine in der Bildung begriffen. Ein Ausschuss, welcher Männer aus allen Theilen unseres Vaterlandes umschließt, wird einmal im Jahre zusammentreten. In der Zwischenzeit wird ein geschäftsführendes und ein Presbiterium alle Verbindungsmittel besorgen. Ein Aufruf, welcher zur Mitwirkung auffordert, gibt 65 Unterschriften, darunter 185 Wiener der Kirche (General-Superintendenten, Konfirmanden, Superintendenten und Pfarrer), 102 Arbeiter, 58 selbstständige Handwerker, 40 Kaufleute und Gewerbetreibende, 44 Beamte, 39 Fabrikbesitzer und Fabrikdirektoren, 32 Lehrer und 11 Großgrundbesitzer und Landwirthe.“ Diese Wannen, die der Stöcker und Müdder gar so gerne Dienste leisten, sollten sich die viele Arbeit ersparen. Das Bißko ist ihnen sicher.

Aus Dessau wird der „Magdeburger Zeitung“ geschrieben: „Die hiesige Sozialdemokratie ist seit einiger Zeit ungemein rührig und zwar bilden die noch in diesem Jahre bevorstehenden Landtags- und Stadtverordneten-Wahlen den Hauptpunkt ihrer Verhandlungen. An beiden sollen sich die Anhänger der Partei betheiligen; es soll ein großes Schauspiel geben, wie sich die

Redner ausdrücken, und nichts verjährt werden, in beiden Körperlichkeiten Boden zu gewinnen. Uebrigens werden die Bestimmungen über das Wahlrecht den Sozialdemokraten einige Schwierigkeiten machen, besonders beim Landtag. Auch bei den Stadtverordneten-Wahlen steht nur dem kleinsten Theile dieser Partei das Bürgerrecht zur Seite. Jedoch läßt sich hier ein stetes Anwachsen der Sozialdemokratie nicht verkennen; die letzte Reichstagswahl hatte in dieser Beziehung geradezu verblüffende Ergebnisse gebracht.“

Die „Germania“ ist der Ansicht, daß unsere Kritik des Schorlemer'schen Vordrucks „einen Kampf mit großspurigen Phrasen“ bedeute. Die siebengehenden Politiker der „Germania“ wissen offenbar nichts von den letzten Stichwahlen in Weckeburg, wo das ländliche Proletariat in hellen Haufen und zu Tausenden. Sie wissen auch nichts von einem Wahlkreis, der dem Centrum entzogen worden ist, von München II; dort haben zahlreiche wohlhabende Bauern Vollmar gewählt, und es giebt kein Dorf in diesem ländlichen Wahlkreise, das nicht sozialistische Stimmen abgegeben hat. Diese Beispiele werden der gedächtniswachen „Germania“ vielleicht genügen, um ihr zu zeigen, daß wir die besten Aussichten haben.

Die Lehrer müssen auch mithelfen. Die erste Generalversammlung katholischer Lehrer zu Bochum hat sich unter anderem auch mit dem Kampfe gegen die Sozialdemokratie befaßt, der ja heute zu Tage allgemeiner Sport ist. Ein Herr Lehrer Habberich aus Vopparod stellte folgende Thesen auf: 1. Zur Abwehr der sozialdemokratischen Gefahren können und sollen auch die Lehrer der Volksschule mitwirken. 2. Um den religiösen Grundirrtum der Sozialdemokratie, nämlich der Leugnung eines persönlichen Gottes, sowie der Unsterblichkeit der Seele und der ewigen Vergeltung, entgegen zu treten, sorge die Schule für eine tiefe, gegen die üblichen Einwände gesicherte Ueberzeugung von dem Dasein eines Gottes, von der Unsterblichkeit der Seele und von der ewigen Vergeltung im Jenseits. 3. Gegen die Laster der Trunksucht, der Unzucht und der Ausschweifung gegen die Eltern, welche den jugendlichen Arbeiter besonders bedrohen, suche die Schule nach Kräften vorzubeugen: a) durch geeignete Belehrung über die Verderblichkeit der Trunksucht; b) durch zweckmäßige, auf die örtlichen Verhältnisse berechnete Belehrungen und Warnungen bezüglich der Unzucht, und durch sorgfältige Pflege des Schamgefühls; c) durch eindringliche Belehrung über die Pflichten des vierten Gebotes und durch Pflege der Pietät. 4. Die Schule helfe mit zur Pflege der wirtschaftlichen Tugenden des Fleißes, der Mäßigkeit und Gedächtnis, der Sparsamkeit; sie belehre über den Werth und die Würde der Arbeit, besonders im Lichte des Christentums; sie schaffe die religiösen Grundlagen für die Tugenden der Bescheidenheit und Höflichkeit, der geduldrigen Ertragung von Leiden und Widerwärtigkeiten, der Ergebung in den Willen Gottes; sie lehre insbesondere den hohen Werth der Gottesfurcht mit christlicher Gebuld ertragenen Beschwerden. 5. Der Lehrer bemühe sich, eine wirksame Verbindung mit dem Elternhause zu unterhalten, um durch einträchtiges Zusammenwirken mit demselben die Erreichung der angegebenen Erziehungsziele zu befördern. Er widme den verwahrlosten, der rechten Elternsorge entbehrenden Kindern besondere Sorgfalt. 6. Der Unterricht behandle, so weit er sich mit der Natur und der Aufgabe der Volksschule verträgt, solche Stoffe, welche den sozialdemokratischen Irrlehren und Bestrebungen entgegenarbeiten. a) Im Anschlusse an den Religionsunterricht werde eine gründliche Belehrung über das Eigentum als gottgesetzte Einrichtung, als Grundlage des Fleißes, der Freiheit, der Familie, der Gesellschaft gegeben, sowie die Stellung des Besitzers als eines vor Gott verantwortlichen Verwalters gekennzeichnet; b) der erduldige Unterricht benutze die Liebe zur engeren Heimath, um aus ihr eine wirksame Vaterlandsliebe zu entwickeln; c) der Geschichtsunterricht fördere nicht nur Heimath- und Vaterlandsliebe, sondern besonders auch die Liebe zum Herrscherhause; er zeige die Fürsorge des Kaisers für die Arbeiter, durch Mittheilungen über die bezüglich der Arbeitervereine und Arbeitervereine, durch einfache Belehrungen über die Arbeitervereine-Gesetzgebung; er zeige die Folgen des Umsturzes durch Mittheilungen über die große französische Revolution; d) Belehrungen über Gesetze und Volkswirtschaft können stattfinden im Anschlusse an entsprechende Lesebücher, im Anschlusse an Rechnen, in der Erdkunde; — dem Lehrer ist dringend zu empfehlen, sich auf diesem Gebiete die nöthigen näheren Kenntnisse zu verschaffen; e) in Mädchenschulen sind hauswirtschaftliche Belehrungen von großer Wichtigkeit; sie können ertheilt werden unter Benutzung des „Beweißers zum häuslichen Glück“; f) der Lehrer kann auch mit Vortheil geeignete Erzählungen benutzen, um die Kinder gegen die drohenden sozialistischen Gefahren zu sichern. 7. Der Lehrer dehe seine Sorge auch auf die wichtige und gefährliche Zeit nach der Schulentlassung aus; er fördere nach Kräften die Thätigkeit der christlichen Lehrlings-, Gesellen- und Arbeitervereine, indem er die Schüler auf dieselben hinweist und diese Vereine, soweit er kann, durch seine Mitwirkung unterstützt. 8. Der Lehrer halte sich gewärtig, daß die christliche Erziehung die Hauptsache ist, und daß diese nur gedeihen kann in enger Verbindung mit der Kirche und unter fleißiger Benutzung der kirchlichen Gnadenmittel. — Das heißt kurz und bündig: machen wir die Schule zu einem Tummelplatz der Klassenverehrung gegen die um politische und wirtschaftliche Gleichberechtigung ringenden Arbeiter! Nichts mehr und nichts weniger! Zudem geschieht das ja schon zur Genüge, wie zahlreiche Beispiele beweisen haben.

Die Braunschweiger Sozialdemokraten sind rührig, zum Schreden der Philister. Der „Herold“ läßt sich aus der Heimath der Mummie telegraphiren: „Die hiesige Sozialdemokratie tritt jetzt noch eifriger, wie vor Erlöschen des Sozialistengesetzes in die Wahlbewegung für die im November bevorstehenden städtischen Wahlen ein. Sie konzentriert ihre gesammten Kräfte auf die dritte Wählerklasse und hat soeben drei ihrer Führer als Kandidaten für die Stadtverordneten-Wahlen aufgestellt. Sie agiert außerordentlich geschickt und wird ihre Kandidaten nächster Tage in öffentlichen Volkssammlungen vorstellen. Die Mandate der Gegner sind in der dritten Klasse durch die Sozialdemokratie stark bedroht.“

Der Humor in erster Zeit. Herr Richter leitartikelt über das „Verstehenspiel des Herrn Viehnecht“ und verkündet, daß die späßhaften Artikel der „Freis. Ztg.“ über die „Irrelehren der Sozialdemokratie“ nun auch noch in Broschürenform erscheinen werden. Wir empfehlen allen Freunden komischer Literatur schon jetzt diese Sitzübungen des Oberdraminien der Manchesterer.

Oesterreich-Ungarn.

Die Wiener Tramway-Klaven rühren sich. Sie stellen der Direktion ein Ultimatum, falls bis heute ihre Forderungen nicht bewilligt würden. Der letzte große Streik der Pferdebahn-Angestellten Wiens, bei welchem das Publikum entschieden für die Ausständigen Partei nahm, brachte ihnen einige Erleichterungen. Jetzt ist aber der Druck der Unternehmer wieder ein schwerer.

Wien, 17. Oktober. Der Unterrichtsminister hat an die Landesschulbehörden einen Erlaß gerichtet, in welchem die Fürsorge für die leibliche Kräftigung der Schulljugend empfohlen wird. Die körperliche Kräftigung soll die geistige Anstrengung paralytisiren. Die Schulbehörden sollen für Schwimmunterricht, reges Schiffschulhaus und für Errichtung eigener Spielplätze Vorkehrungen treffen. Die Ausbeutung der jugendlichen Arbeiter.

Großbritannien.

Hans Ross soll, wie aus London berichtet wird, die Absicht haben, eine Zeitung in der englischen Hauptstadt herauszugeben.

Frankreich.

Der amtliche Bericht über die Bewegung der Bevölkerung Frankreichs im Jahre 1889 giebt neue Auf-

schlüsse über die diesem Lande drohende Entvölkerungsgefahr. Die Geburten fahren in ihrer stetigen Abnahme fort. Im Jahre 1889 wurden nur noch 880 579 Kinder geboren, gegen 966 682 im Jahre 1876, durchschnittlich 937 000 von 1881 bis 1888. In 13 Jahren hat sich also die jährliche Geburtenziffer um 68 103, seit 1887 um 18 754 vermindert und seit 1888 um 2090, wovon 712 auf die ehelichen und 1348 auf die unehelichen Geburten kommen. Man hatte gehofft, es werde in der Abnahme ein Stillstand eintreten; nach dem diesjährigen Ergebnisse ist aber eher eine Verstärkung derselben zu erwarten. Das Einzige, was noch einigermassen die Folgen der Entvölkerung zeitweise zurückhält, ist die geringe Sterblichkeit Frankreichs. Das Jahr 1889 weist nur 794 993 Todesfälle auf, gegen 837 867 im Jahre 1888, 842 767 im Jahre 1887 und 860 222 im Jahre 1886. Die Zahl der Todesfälle hat also gegen 1888 um 49 934 und gegen 1886 um 65 289 abgenommen. Der Ueberschuß der 880 579 Geburten über die 794 993 Todesfälle beträgt 85 586. Das Ergebnis dieses Jahres ist also infolge der Abnahme der Todesfälle sehr günstig. Hätten dieselben aber soviel wie 1886 betragen, so würde die Bevölkerungszunahme sich nur auf 20 357 belaufen. Bei dem Geburtenüberschusse liefert wieder einen nicht unbedeutlichen Theil das ausländische Element, nämlich 7360 Seelen. Die Zunahme der französischen Bevölkerung schmilzt somit auf 78 286 Seelen zusammen. Von den Ausländern haben die meisten Kinder die Belgier und Italiener geliefert. Die Heirathen in Frankreich beliefen sich auf 272 734, die niedrigste Ziffer seit 1870.

Die Gruben-Gesellschaft in Carvin hat durch Anschlag verkündigt, daß sie diejenigen Arbeiter, welche bis Sonnabend die Arbeit nicht wieder aufgenommen haben würden, definitiv entlassen werde. Die Aufregung wächst. Die Arbeiter reisen die Plakate ab. Die Kohlenritter sind brutal und rücksichtslos; die außerordentlich verbesserte Lage der Grubenarbeiter kümmert sie nicht.

Calais, 17. Oktober. Der sozialistische Kongress hat sich gestern ausgesprochen: für Aufhebung der Fabrikordnungen, für das Verbot der Beschäftigung von fremden Arbeitern zu niedrigeren Lohnsätzen, ferner für Einführung gleichen Lohnes für männliche und weibliche Arbeiter, für unentgeltliche Gewährung des Unterrichts durch den Staat, für staatliche Unterstützung der Arbeitsunfähigen, für Eintreten des Staates im Falle der Zahlungsunfähigkeit der Unternehmer.

Ein republikanischer Bischof, P. Polstraub, der vor kurzem sich als entschiedener Republikaner bekannte, soll zum Bischof von Agen (Dep. Loire und Garonne) ernannt werden.

Paris, 17. Oktober. Der Deputirte Hubard hält den Antrag, den Senat auf Grund des allgemeinen Stimmrechts zu wählen, aufrecht. Man glaubt, daß die Kammer sofort nach ihrer Wiedereröffnung sich mit dieser Angelegenheit beschäftigen wird.

Belgien.

Die belgischen Gemeinderäthe beginnen sich ernsthaft mit der Einführung des „Referendum“ zu befassen. Der Gemeinderath des bedeutenden Hennegau'schen Industrieortes Marcinelle hat beschlossen, eine Petition aller steuerzahlenden Einwohner über die Erbauung einer Signalbahn nach Charleroi zu veranlassen. Der Gemeinderath der ostflandrischen Stadt Saint-Gilles-Waes hat die sämtlichen Einwohner über Erbauung einer Signalbahn nach Antwerpen befragt und ein „Ja!“ erzielt. Auch in der großen Brüsseler Vorstadt Saint-Josse soll jetzt bei den wichtigen Fragen das Volk befragt werden.

Der Nationalkongress der belgischen Bergleute, der am 1. November d. J. zusammentreten sollte, ist auf den Dezember verschoben worden.

Zu Kohlenbeden von Lüttich und Charleroi hoben die Arbeiter eine 10prozentige Lohnerhöhung gefordert, widrigenfalls ein Ausstand droht.

Schweiz.

Bern, 16. Oktober. Die unter Bundesrathlicher Leitung heute stattgehabte Verhandlungs-Konferenz von Delegirten aus dem Tessin ist als vorläufig geschlossen zu betrachten. Die Vertreter der konservativen Partei erklärten, das Resultat der Abstimmung vom 5. Oktober so lange nicht anerkennen zu können, als die Refusfrist nicht abgelassen und als der wahrscheinlich dagegen eingehende Refus nicht erledigt sei; im Uebrigen zeigten sie sich geneigt, zur Wahl einer gemischten Steuerkommission und zur Verhandlung für die Nationalratswahlen die Hand bieten zu wollen. Von jeder Partei wurden drei Delegirte bezeugt, welche an einer eventuellen späteren Konferenz theilnehmen sollen. (W. L. B.)

Italien.

Der „Opinione“ zufolge heißt es, es werde kein Ministerrath zur Erwägung der Frage betreffs Auflösung oder Wiederberufung der Kammer mehr stattfinden, vielmehr werde der Ministerpräsident Crispi unter eigener Verantwortlichkeit hierüber entscheiden. Das Dekret über Auflösung oder Einberufung der Kammer solle am Sonntag oder Montag erscheinen. — Herr Crispi wird schon dafür sorgen, daß die Interessen seiner Klasse gewahrt werden.

Rußland.

Die Juden hohe blüht in „Väterchen“ Reich. Ausländische Juden dürfen nur dann dauernd Aufenthalt in Rußland nehmen, wenn sie Kaufleute I. Gilde sind, d. h. wenn sie für die Ausübung des Großhandels den höchsten im Handels-Gesetz vorgesehenen Steuerfuß entrichten. Nun ist aber die Zahl derjenigen Juden in Rußland, die, obgleich nicht russische Unterthanen und nicht im Besitze solcher Handels-gewinne, dennoch im Lande dauernd ansässig sind, eine sehr große. Ihre Kinder fanden bisher in den Verhauften Aufnahme, indem zwar die allgemeinen Bestimmungen über die Zulassung von Juden zu den mittleren und höheren Schulen auch auf sie in Anwendung gebracht wurden, aber kein spezieller Nachweis darüber einverlangt wurde, ob die betreffenden Eltern die Berechtigung zum Aufenthalt in Rußland sich erworben hätten. Das Ministerium der Volksaufklärung hat nun angeordnet, daß in Zukunft bei der Meldung von Kindern ausländischer Juden zum Schulbesuch die Schulordnungen sich vorgängig genau zu informieren hätten, ob den Eltern der Kinder die Aufenthaltberechtigung in Rußland zusteht. Wenn das nicht der Fall ist, so sind die Kinder unbedingt zurückzuweisen.

Serbien.

„Väterchen“ hat die Spendirdosen an. Wie die „Alln. Ztg.“ aus guter Quelle erfährt, hat Serbien die längst längst erworbenen 50 000 Verdan-Gewehre nachträglich vom Jaren als Geschenk erhalten. Das jansche Rußland rühet den Krieg, es organisiert den bewaffneten Widerstand gegen die weitestgehenden Kulturschritte.

Amerika.

Aus New-York wird unterm 17. Oktober dem „W. L. B.“ gelabert: „Die „Pavonia“-Straßenbahnen- und Omnibus-Gesellschaften hatten gestern die bei ihnen bediensteten Personen entlassen und neue Leute ange stellt. Die Kutscher rüttelten sich darauf zusammen warfen mit Steinen nach den Wagen der Gesellschaften und verletzten mehrere Fahrgäste. Es wurden infolgedessen einige Verhaftungen vorgenommen und im Uebrigen strenge Maßregeln behufs Herstellung der Ordnung getroffen.“ Bei der tendenziös kapitalistischen Färbung der Volkschen Depeschen sind die Nachrichten über „Zusammenrottungen“ mit Vorsicht anzunehmen. Daß die organisierten Arbeiter gegen die Streikbrecher Front machen, ist doch selbstverständlich. Die Unternehmer brutalstren ja mit den gemeinsten Mitteln, mit Staats- und Privatpolizei die Arbeiter, welche im Aufstande sind. Die Stroche des Winkerton'schen Spielbureaus schiken zur höheren Ehre des Geldfachs ehrlüche Proletariat über den Gaufen.

Theater.
 Sonnabend, den 18. Oktober.
Opernhaus. Keine Vorstellung.
Schauspielhaus. Keine Vorstellung.
Leistung-Theater. Die Ehre.
Deutsches Theater. Söh von Ver-
 lüchlingen.
Prinzener Theater. Sean.
Friedrich-Wilhelmsstadt. Theater.
 Niedermaus. Hecaus: Puppensee.
Wallner - Theater. Der Bauern-
 doktor. Pension Schöller.
Resident-Theater. Perceol.
Viktoria - Theater. Die Million.
Sellekiantheater. Mein junger
 Mann.
Stend - Theater. Zimmermann's
 Gene.
Thomas - Theater. Die Stroh-
 wittwe. Cassis Pascha.
Adolph Ernst - Theater. Unsere
 Don Juans.
Kaufmann's Variété. Große Spe-
 zialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Große
 Spezialitäten-Vorstellung.
Concordia. Große Spezialitäten-
 Vorstellung.
Gebr. Richter's Variété. Große
 Spezialitäten-Vorstellung.
Wintergarten. Große Spezialitäten-
 Vorstellung.

Englischer Garten.
 Direktion: C. Andress, Alexander-
 straße 27a.
Margarethe Steinow. Lieber- u.
 Walzerfängerin.
Anni Carelli. Kostüm-Soubrette.
Herr Rosée. Gesangs-Samorist.
Adolf Gödicke. Mimiker, Stimmen-
 Imitator und Charakter-Komiker.
Familie Blumenfeld. Parterre-
 Potpourri, Trauerspiel, Tanz.
 Anfang Wochentags 8 Uhr.
 Sonntags 5 1/2 Uhr.
 Entree Wochentags u. Sonntags 30 Pf.
 50 Pf. und 75 Pf., im Vorverkauf
 20 und 30 Pf.

Stabliement Buggenhagen
 am Moritzplatz.
 Täglich:
Grosses Garten-Concert.
 Direktion A. Nödwann.
 Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.
 Wochentags 10 Pfg.,
 Sonn- und Posttags 25 Pfg.
 Bei ungünstiger Witterung in den
 unteren Restaurationsräumen.
 Großer Frühstücks- und Mittagstisch.
 Spezial-Auswahl von Bahnhofs-
 Export-Bier, Seidel 15 Pf.
 Die oberen Säle bleiben bis auf
 Weiteres wegen Renovierung geschlossen.
 641 F. Müller.

Gratweil'sche Bierhallen
 Kommandantenstr. 77-79.
 Täglich:
Grosses Concert
 mit Quartett-Sängern,
 ausgeführt von dem Musik-Direktor
 H. Sanftleben.
 Wochentags: Frei-Concert.
 Sonntags Entrée 20 Pf.
 Empfehle auch zugleich 8 Billards,
 3 Kegelbahnen und einen Saal zu Ver-
 sammlungen und Veranstaltungen.
 709 F. Sadtke.

Castan's Panopticon.
 Entrée 50 Pfg.,
 Kinder 25 Pfg.
 9 Uhr Morgens
 bis 10 Uhr
 Abends.
 Vorstellung
 Vorm. 11 1/2 u.
 12 1/2 Uhr.
 Nachm. v. 4 1/2-9 1/2 Uhr
 stündl. eine Vorstellung.
 Extra-Entrée 30 Pfg.
 Kinder frei.
Amazonen-Corps
 23 Amazonen, 10 Ritter aus Japanen.

Passage-Panopticon.
 Unter den Linden 22/23. 1742
**Lebensgroße
 Wachsfiguren.**
 Panoramen.
 Dioramen.
 Ethnographische
 Sammlungen.
 Italienische
 Volkslieder.
 Entrée 50 Pf.
 Geöffnet von
 10 bis 9 Uhr.

Passage I. Er. 9 Uhr M. b. 10 Uhr Ab.
Kaiser-Panorama.
 Hervorrag. Sehenswürdig-
 keit der Residenz.
 Zum ersten Male:
 Neu: Helgoland, Uebergabe, Ankunft
 des Kaisers, Feldgottesdienst etc.
 Zweite Reise durch Portugal.
 Zum ersten Male:
Marokko mit Einzug des Sultans
 in Tangen.
 Eine Reise 20 Pf., Kind nur 10 Pf.
 Abonnement 1 M.

Circus Renz.
 Karlsstrasse.
 Sonnabend, den 18. Oktober cr.,
 Abends 7 Uhr präzis:
**Eröffnungs-
 Gala - Vorstellung.**
 Aus dem reichhaltigen, neuen Pro-
 gramm sind besonders hervorzuheben:
 6 irländische Jagdförde (Original-
 Dressur), in Freiheit dressiert und vor-
 geführt von Hrn. Franz Renz, 4 hohe
 Schulen, zu gleicher Zeit geritten von
 den Herren Gaberel, Ernst Renz (Enkel)
 Alfred und Albert, in orientalischen
 Pracht-Kostümen, in 4 arabischen Voll-
 blutpferden aus dem Gehüt des Fürsten
 Sanguslo. The gold bird, engl. Volk-
 blut von Lord Lyon (von Stockwell)
 a. d. Parabigen, in allen Gangarten
 der hohen Schule geritten von Fräul.
 Clotilde Hager. Auftreten des phäno-
 menalen Reittänzers
Mr. John Frederick Clarke
 (ohne Konkurrenz).
 Der weltberühmte Luftgymnastiker
Mr. Rodgers
 an seinen, von ihm neu erfundenen
 Apparaten. Auftreten der Parforce-
 Reiterinnen Fräul. Adele und Louise.
 Miß Lillie und Miß Rosa, Konkurrenz-
 Jockey-Reiterinnen. Mr. Burnell Hillis
 in seinen vorzüglichen Vor- und Rück-
 wärts-Saltomortales auf ungefalltem
 Pferde. Walkiron-Manöver, geritten
 von 16 Damen etc. etc. Die Zwischen-
 pausen werden von 16 Clowns aus-
 gefüllt. Preise der Plätze wie gewöhnlich.
 Die Kasse ist am Eröffnungstage von
 Morgens 10 Uhr ab geöffnet. Son-
 tag, den 19. Oktober, Abends 7 Uhr:
Gala-Feier-Vorstellung. Wochentäg-
 lich Vorstellung Abends 7 Uhr mit
 neuem Programm.
 C. Renz, Direktor.

Circus G. Schumann.
 Friedrich-Karl-Ufer.
 Sonnabend, den 18. Oktober,
 Abends 7 1/2 Uhr:
**Grosse
 Extra - Vorstellung.**
 Zum ersten Mal! Höchst komisch!
 Das Schweine-Duell, ausgeführt mit
 zwei Schweinen vom Clown Duroff.
 Quadrille geritten mit 4 Schul-
 pferden von Herrn M. E. und
 M. Schumann sowie Herrn Agimoff.
 12 Rapphengste in Freiheit dressiert
 und vorgeführt von Herrn Schumann.
 Zum ersten Male: Der russische Riese
 auf der Heimkehr von Grunewald,
 sehr komisches Entree von dem be-
 liebten Clown Duroff. Auftreten der
 bayerischen Athleten Gebr. Braunberg.
 Sonntag, den 19. September:
 2 grosse Vorstellungen
 Nachm. 4 Uhr und Abends 7 1/2 Uhr.
 In der ersten Vorstellung hat ein
 Jeder das Recht ein Kind frei ein-
 zuführen.

**Hut-Fabrik
 E. Bergmann**
 Marktgrafenstraße 100,
 nahe der Wesselsstraße.
 778) **Hüte mit Kontrollmarken.**
Nur 1 Mark.
 Klagen, Eingaben, Rath in Prozessen,
 Einziehung von Forderungen. 1258
Pollak, jetzt Georgenkirchstr. 94 H.

Sämmtliche Hüte
 mit Kontrollmarke
 bei Rud. Beisse, Chausseestr. 70
 (an der Pante).

Achtung! Meine sämtlichen
 Seiden- und Fül-
 häte sind mit Kontrollmarken ver-
 sehen und werden nicht erst beim
 Kaufen eingeklebt. A. Lange,
 Brunnenstr. 136/37.
 Allen Genossen und Bekannten zeige
 hiermit an, daß mein 862
**Cigarren-, Cigarretten- und
 Tabak-Geschäft**
 jetzt **Reichsbergerstr. 11,** im
 zweiten Haus von der Schönleinstrasse,
 sich befindet. **Otto Klein,**
 früher Nitterstraße 15.
 Zahlstelle des Metallarbeiter-Vereins
 u. d. Gärtler, Fr. Hilfskasse Nr. 60.

Nur 1 Mark
 kostet das Reinigen und Reparieren jeder
 Uhr beim Uhrmacher **Weissner,**
 Reichsbergerstr. 137., Ecke Lausitzerstr.
 Rum, Punsch, Glühwein, 1/2 Fl. 1,50,
 Ingwer, Laft, Pommeranzan 1/4 Etr. 1,00,
 Medicin. Ungarwein 1/2 Fl. 1,50-2,00,
 Roth- u. Portwein, 1/2 Fl. 1,50,
 empfiehlt 1238
Franz Beyer,
 15. Prinzessinnenstraße 15.
 Filiale:
 Elisabeth-Ufer 47.

**Verein der Eisen- und Metalldreher
 Berlins und Umgegend.**
 Sonntag, den 19. Oktober, Vormittags 11 Uhr,
Ordentliche General - Versammlung
 bei Zeller, Bergstraße 68, parterre.
 Tagesordnung: 1. Vorstandswahl. 2. Wahl der Hilfskassiere und
 Revisoren. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verschiedenes. 1248

**Freie Vereinigung der Bau- und gewerblichen
 Hilfsarbeiter für Schöneberg und Umgegend.**
 Sonntag, 19. Oktober, Vorm. 11 1/2 Uhr, in Gröndler's Salon, Schwerinstraße 13:
Wander - Versammlung. 1242
 Tagesordnung: 1. Erste Vereinsabrechnung. 2. Wahl eines ersten
 Vorsitzenden. 3. Vortrag über: „Die heutige Situation und das Vereinsgesetz.“
 Referent: Genosse W. Schweiher. 4. Diskussion. 5. Verschiedenes.
 Gäste haben Zutritt. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Verein gewerblicher Hilfsarbeiter für Johannisthal u. Umgegend.
 Sonntag, den 19. Oktober, Nachmittags 2 Uhr:
Große General-Versammlung
 im Lokale des Herrn Ludwig (Kleinschäft) zu Johannisthal.
 Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Kassenbericht. 3. Vereinsangelegen-
 heiten, Verschiedenes. Nach der Versammlung: Gemüthliches Boisammonsoln
 mit Dames. Die Mitglieder werden ersucht, in dieser Versammlung zahlreich
 zu erscheinen. — Die Versammlung am 12. d. Mts. konnte nicht stattfinden, da
 Herr Henneberg seinen Saal zu Versammlungen nicht mehr giebt. Der Vorstand.

**Große öffentliche Versammlung
 für Männer und Frauen**
 am Sonntag, den 19. Oktober, Nachmittags 2 1/2 Uhr,
 in **Moerens' Gesellschaftshaus, Lichtstraße 29.**
 Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn cand. phil. Pöus über:
 „Das Volksschulwesen in Frankreich.“ 2. Diskussion. 1249
 Um zahlreiches Erscheinen bittet
Der Einberufer.

Verein gewerblicher Hilfsarbeiter Berlins und Umgegend.
 Sonntag, den 19. Oktober, Vormittags 10 1/2 Uhr,
Große Versammlung
 im Vereinshaus „Süd-Ost“, Waldemarstraße 75.
 Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn G. Link über das Thema:
 „Die Ursachen der Armut.“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes und Fragelasten.
 Kollegen, welche noch im Besitz von Billets oder Listen sind, werden
 ersucht, zu erscheinen. Alle Arbeiter sind als Gäste willkommen.
 1281 **Der Vorstand.**

Central-Krankenkasse der Maurer, Steinhauer, Studateure etc.
 „Grundstein zur Einigkeit.“
 Sonntag, den 19. Oktober, Vormittags 10 Uhr:
Ordentliche Mitglieder - Versammlung
 im Lokale des Herrn May, Seuthstraße 22.
 Tagesordnung:
 1. Abrechnung vom 3. Quartal 1890 und Berichterstattung der Revisoren.
 2. Bericht über die Vereinigung der freien Hilfskassen. 1232
 3. Verschiedenes in Kassenangelegenheiten.
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

**Central-Kranken- und Begräbniskasse
 der Sattler und Berufsgenossen. (C. S.)**
 Sonntag, den 19. Oktober, Vormittags 10 1/2 Uhr:
Haupt - Versammlung
 in May's Salon, Seuthstraße 22, 1 Treppe.
 Tagesordnung: 1. Kassenbericht pro 3. Quartal. 2. Verschiedenes.
 Die Mitglieder werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. Gleichzeitig machen
 wir auf das am Sonnabend, den 25. Oktober, in den Bürgerkäfen, Dresdener-
 straße 96, stattfindende 7. Stiftungsfest der Kasse aufmerksam, wozu die Mit-
 glieder und Freunde eingeladen werden. Billets sind an den bekannten Stellen
 zu haben. Kassenlokal und Zahlstellen bleiben den Abend geschlossen.
 1236 **Der Vorstand.**

Rixdorf.
**Große öffentliche Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins
 für Rixdorf**
 am Sonnabend, den 18. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr,
 im Lokale des Herrn Hoffmann, Bergstraße 133.
 Tagesordnung: Vortrag des Herrn Max Baginski über:
 „Anarchismus und Sozialismus.“ Diskussion. Verschiedenes. Um rege Be-
 theiligung ersucht 1233 **Der Vorstand.**

Kinderwagen. Großartige Auswahl. Dr. Hoesch, homöopath. Arzt,
 16. Bernauerstr. 16. Artilleriestr. 27. 8-10, 6-7, Sonnt. 6-10.

**Adolf Gerechter, Berlin C.,
 Spandauer-
 Strasse 36-37, I.**
 verläuft auch in seinen Filialen:
**Potsdamer-Str. 57-58,
 Reinickendorfer-Str. 68,
 Oranien-Str. 2a,**
 zu Engros-Preisen.
**Winter-Paletots von 12 M. an,
 Elegante Anzüge „ 14 „ „
 Kinder-Anzüge und
 Paletots schon „ 3,50 „ „
 eigene Fabrik.**
 Bestellungen nach Maass werden in eigener
 Werkstatt elegant und sauber angefertigt.
Spandauer - Strasse 36-37.

Unserem Freunde und Kameraden
Karl Beskow zu seinem hundert-
 Wiegensfeier e. dreifach donnernden
 Golla Marie! Golla Gulle!
 1259 Seine Kameraden.
 Dem schnahigen Eliquen-Robert
 wacklichen Glückwünsche.
 O, wie werden sie Dir verb.
 Carl. Paul. 1259

Der durch Sozialistengesetz geschlo-
 gewesene **Kartha'sche Gesang-
 verein** (beim Arbeiterfängerdenk-
 wänscht noch stimmbegabte Mitglieder
 Meldung Montag, Abends von 9
 11 Uhr, bei **Wuttke, Friedrich-
 bergstr. 24.**
**Generalversammlung
 des Jahvereins
 der Lithographie-Steinsetzer
 und Berufsgenossen.**
 Dienstag, den 21. d. M., Abends 9 Uhr
 Weinstraße 11 bei Robert
 Kassenbericht. Vortrag des Herrn
 Birch über: „Frauen - Emanzipation.“
 Jännere Vereinsangelegenheit. Ver-
 schiedenes.
 Gäste sind willkommen.
 Um zahlreiches Erscheinen bittet
 1245 **Der Vorstand.**

Jahverein der Seilenhauer.
 Sonntag, den 19. d. M., Vorm. 11 Uhr
Versammlung
 im Lokale des Herrn Reißner,
 Gartenstr. 162.
 1230 **Der Vorstand.**

**Vereinigung der
 Drechsler Deutschlands
 Ortsverwaltung I.
 Versammlung**
 am Sonntag, den 19. Oktober,
 Vormittags 10 Uhr,
 in **Sahm's Klubhaus, Annenstr. 10.**
 Tagesordnung:
 1. Geschäftliches. 1240
 2. Vortrag des Herrn Brund.
 3. Urabstimmung über stattfindende
 General-Versammlung.
 4. Verschiedenes und Fragelasten.

Bebel u. Liebknecht
 sowie Gruppenbilder der sozialdemo-
 kratischen Fraktion in Glas-Chromo-
 graphie ausgeführt, empfiehlt
 die Glas-Chromobilder-Fabrik von
Klosse & Winkler,
 Berlin N.,
 Stralsunderstr. 24.
 1127

20 Mark Belohnung
 Demjenigen, der mit den Verdien-
 des unwahren Gerichtes, daß ich den
 Restaurateur Sedlaczek ausge-
 miethet habe, so nachweisen kann, daß
 ich denselben gerichtlich belangen kann.
 1248) **F. Scheuer,** Restaurateur,
 Oneisenaustr. 35,
 Ecke der Schleiermacherstraße.

Schuh- u. Stiefel-Lager eigen. Fabrik
 empfiehlt
A. Manthey, Viniestraße 245,
 820 nahe der Neuen Königsstr.
 Allen Freunden u. Genossen empfehle
 mein Tabak- und Cigarren-Geschäft
 1257 **Wilh. Mertens,**
 Euryg-Strasse 64.

Tischlerei mit Kundschaft sofort zu
 verkaufen für 550 M., wegen Ueber-
 nahme eines anderen Geschäfts, Pöden-
 straße 8. I. Ohmann.
 Mahag. Komode 10 M., nußbaum.
 Scherenspinnd 30 M. zu verk. Pöden-
 straße 8 v. I. Ohmann.
 Singer-Nähmaschinen fast neu zu
 verkaufen. Unterricht unentgeltlich.
 Ritterstr. 25. II. 1241

1. Beilage zum Berliner Volksblatt.

Nr. 243.

Sonnabend, den 18. Oktober 1890.

7. Jahrg.

Der Partei-Kongress.

Halle, den 17. Oktober.

Der Vorsitzende Singer eröffnet die Sitzung um 9 Uhr. Von dem sozialdemokratischen Vorkomitee „Leffing“ zu Berlin ist eine künstlerisch ausgestattete Adresse eingelaufen. Die Adresse wird verlesen, und Singer dankt im Namen des Parteitag's den Absendern. Sie wird zum dauernden Andenken an den Kongress den Halle'schen Genossen überwiesen. (Beifall.)

Vor der Tagesordnung erhält Schönsfeld das Wort zu einer Erklärung: Er nehme seine persönliche Erklärung, daß die Dresdener Genossen weit überwiegend mit der Haltung der „Säch. Arbeiterz.“ einverstanden gewesen seien, zurück, da ihn vielerseits widersprochen werde.

Wünsche auf Verbesserung der ungenauen Präsenzliste werden laut und sollen berücksichtigt werden.

Es wird in die Tagesordnung eingetreten.

Zur Verabreichung steht Punkt 7: Die Parteipresse.

Eine Reihe Anträge liegen vor.

Liesländer-Othavelland beantragt, daß zur Herstellung des zw. Zentralorgans und der Parteischriften eine eigene Zeitschrift von der Partei gegründet werde.

Dazu hat er im Falle der Ablehnung den Eventualantrag gestellt, daß der Vertrag mit einem Privatdrucker auf Druck des Zentralorgans nur auf ein Jahr bis zum nächsten Parteitag abgeschlossen werde.

Beide Anträge werden zurückgezogen.

Die Guben'er Genossen beantragen, daß die gesamte Parteipresse Parteieigentum werde.

Das Wort als Berichterstatter hat Auer: Ich werde sehr kurz sein. Als der Punkt auf die Tagesordnung gesetzt wurde, geschah es zu einer Zeit, als die Angelegenheiten der Lokalpresse noch etwas verworren waren. Der Guben'er Antrag, daß die gesamte Parteipresse Eigentum der Partei werde, ist einfach unannehmbar. Zum Unterschied von den Zentralorganen, die für die Gesamtpartei vorhanden sind, dient die Lokalpresse den Interessen der Parteigenossen der einzelnen Orte. Man erhebt gar zu leicht den Anspruch, daß die Mittel der Gesamtpartei verwendet werden zu Gunsten eines Lokalblattes. Das ist ein Grundverstoß. Die Zentralorgane müssen getragen werden von dem Kreise, in dem sie erscheinen. Unmöglich wäre es, sie zu uniformieren. Die Lokalpresse muß den Verschiedenheiten der Gegend Rechnung tragen. Allgemeine Direktiven giebt es nicht. Die Parteipresse der einzelnen Orte bestimmen auch die Haltung der Presse, nur darf der allgemeine Rahmen des Prinzips und der Politik der Partei nicht überschritten werden, die Beschlüsse der Gesamtpartei gelten.

Alles das, was sich über den Gegenstand sagen läßt, fasse ich in folgender Resolution zusammen:

Der Parteitag beschließt:

In Erwägung, daß die Presse das beste und wirksamste Agitations- und Kampfmittel ist,

in weiterer Erwägung, daß unsere Parteipresse dieser ihrer Aufgabe nur entsprechen kann, wenn ihre Existenz genügend gesichert ist und jeder maßgebende, nicht parteieigentliche Einfluß von ihr fern gehalten wird;

spricht der Parteitag die Erwartung aus:

daß die Genossen überall neben der Agitation für die Verbreitung des Zentralorgans und der nichtperiodischen Parteiliteratur sich vor allem die Unterstützung und Verbreitung unserer bereits existierenden Lokalpresse anlegen lassen;

daß sie ferner überall streng darauf achten, daß unsere Presse nicht Gegenstand von Privatpekulationen werde, die mit dem Parteizweck nichts gemein haben;

daß die erste und oberste Aufgabe unserer Presse: die Arbeiter aufzuklären und zum Klassenbewußtsein zu erziehen, nicht unter Rücksichten auf irgend welche Privatinteressen leide.

Insbesondere empfiehlt der Parteitag den Genossen, bei der Gründung von neuen Parteiblättern möglichst Vorsicht walten zu lassen und solche Unternehmungen unter keinen Umständen zu gründen, bevor sie nicht genau erwogen und sich überzeugt haben, daß die Möglichkeit für die Existenz des Unternehmens aus eigenen Mitteln gegeben, und daß vor allem auch die notwendigen geistigen, technischen und administrativen Kräfte zur Leitung eines Blattes vorhanden sind.

Vor allem mache ich Sie auf die Grundsätze aufmerksam, die im letzten Teile der Resolution enthalten sind. Der Leichtsinns der Blättergründung muß aufhören. Geeignete Personen müssen die Redaktion und Verwaltung übertragen erhalten. Die Scheere soll nicht das Zeichen sein, in dem die Redaktion liegt. Auch die materielle Grundlage muß bei den Blättergründungen gesichert sein, sonst ist die Presse kein Nutzen, sondern ein Krebsgeschwür für die Partei. Unterstützen wir die bestehende, existenzfähige Presse. Lassen wir sie immer noch besser werden. Seien wir vorsichtig mit der Gründung neuer Blätter. Warten wir ab, bis die alten sich noch mehr eingebürgert haben. Eine dahinsiechende Presse schadet uns nur. Lassen Sie die Resolution nicht todtbuchstabe sein, sondern handeln Sie in ihrem Geiste. (Lebhafte Beifall.)

Frau Steinbach-Hamburg beklagt sich, daß die Berichte über Frauenversammlungen von dem Blatte ihres Ortes zum Schaden der Bewegung gelürzt oder gar nicht gebracht werden.

Derlet-Kernberg warnt vor der Epidemie der Blättergründungen. Tüchtige Leute müssen an der Spitze der Blätter stehen. Ein Zuschuß von der allgemeinen Kasse darf an die Lokalpresse nicht geleistet werden. Ein schlecht gehendes Blatt freit viel Geld. Der Kampf gegen die sogenannte parteilose, in Wahrheit exzentrische Presse muß mit Energie geführt werden. Der Antrag Guben ist abzulehnen. Eben sind wir aus dem Sozialistengesetz herausgekommen, da können wir keinen großen Kontrollapparat sofort gründen. Wir dürfen als Kampfpartei unsere Mittel nicht festlegen.

Geitrich-Altona giebt einen Rückblick auf die Presse unter dem Sozialistengesetz. Manches Tadelnswürdige sei vorgekommen. So habe Genosse Kessler im „Vereinsblatt“ gegen Frohne, der das Vertrauen der Wähler genieße, Verleumdungen ausgesprochen. Es sind Leute ausgetaucht, die bei allen anderen Parteien abgewirtschaftet haben und nun bei uns eine Rolle spielen wollen.

Singer ermahnt den Redner, persönliche Angriffe zu unterlassen.

Heinrich (fortfahrend): Hat Kessler mit seinen Behauptungen Recht, so kann Frohne nicht mehr unser Abgeordneter sein. Eine große Anzahl Delegierter hat mich beauftragt, folgende Resolution zu stellen:

„Der Parteitag spricht seine entschiedene Mißbilligung des vom Regierungs-Minister a. D. Kessler in seinem Organ „Vereinsblatt“ gegenüber Hamburger Genossen, insbesondere gegenüber dem Genossen Karl Frohne, beobachteten unehrenhaften Verhaltens aus.“

Stomle-Bielefeld beantragt, Lotterien-Annonzen, Geheim-

mittel-Annonzen und ähnlichen Schwindel-Annonzen die Aufnahme in Parteiblättern zu verweigern.

Schwetler-Hamburg wendet sich gegen das „Vereinsblatt“ und seine Angriffe. Er habe sich gewundert, daß Kessler auf dem Parteitag überhaupt erschienen sei.

Singer ermahnt noch einmal, derartige persönliche Angriffe zu unterlassen.

Kittler-Heilbronn macht auf die Billigkeit der parteilosen Presse aufmerksam; deshalb florire sie. Hier müsse ihr begegnet werden.

Ein Antrag, die Angelegenheit Frohne-Kessler der Reue-Kommission zur Untersuchung und Schlichtung zu überweisen, wird abgelehnt, dagegen beschlossen, dem Parteivorstand die Einsetzung eines Schiedsgerichts zu übertragen.

Schulke-Magdeburg: Seine Mandatgeber hätten sich der Opposition angeschlossen, auch deshalb, weil ihr die Behandlung der Presse und auch das Verhalten gewisser Parteiblätter nicht gefallen habe, durch welches die Gegenstände des Streites nicht ausgeglichen, sondern zuspitzt worden wären.

Gottschalk-Hamburg: Wir wollen, daß die Parteipresse Parteieigentum und Parteigut wird. Im Weiteren spricht sich der Redner gegen die Gründung von Arbeiterinnenblättern aus. Wollten die Redakteure alle Berichte unverfälscht aufnehmen, so könnte das Blatt zwölfmal so umfangreich sein.

Schmalfeld-Saalbach: Dem Gründungsfieber, das sich wahrscheinlich entwickeln wird, soll der Parteitag entschieden entgegenwirken.

Köster-Wanzleben: Mit der Kontrolle der Presse ist man in Magdeburg in der vorgeschlagenen Form nicht einverstanden. Wir werden dem Parteitag eine Erklärung unterbreiten, wonach Beleidigungen des Parteivorstandes nicht durch Maßregelungen gesühnt werden sollen.

Gewehr-Ebersfeld hält dafür, daß eine strenge Prüfung und Scheidung bei den Annonzen nicht durchzuführen ist.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Bremer-Magdeburg erklärt, daß die Magdeburger Delegierten ungenügendes Mandat hätten.

Das Schlußwort erhält Auer: In Sachen des Inseratenwesens liegt der Beschluß des Parteitages zu St. Gallen bereits vor, der alles enthält, was in dieser Beziehung heute gesagt worden ist. Nachten wir darauf, ihn in Zukunft zu halten. Wir haben in ihm eine sichere Marschroute. Die Verstaatlichung der Parteipresse geht nicht an; der eigene Trieb nach unsicher dastehenden Blättern, sich herauszuarbeiten, würde aufhören. Nur eine Last von Defizit würden wir übernehmen.

(Hier entfällt eine Unterbrechung, weil ein Delegierter ohnmächtig wird. Dem Genossen wird in einem Nebensaal Hilfe geleistet.)

Den Genossen in den einzelnen Orten steht ja nichts im Wege, ihr Lokalblatt zu ihrem Eigentum zu machen. Nur die Gesamtpartei kann nicht Eigentümerin der Gesamtpresse werden.

Die Frauenbewegung ist noch nicht so ausgedehnt, wie wir alle wünschen, und je kleiner die Bewegung ist, desto mehr machen sich kleinliche Rivalitäten und ein gewisses Gefühl der Unbefriedigung breit. Deshalb machen wohl auch die Leiterinnen statt die Jugend der Bewegung uns arme Männer dafür verantwortlich. (Heiterkeit.) Die Gleichberechtigung der Frauen erkennen wir voll an.

Was die Reden der beiden Magdeburger betrifft, so kann ich nur meine Genehmigung darüber aussprechen, daß die Anregung zur ruhigen Debatte gerade von dort kommt. Die Genossen in Dresden und Magdeburg sind in Sachen ihrer Parteiblätter selbstständig vorgegangen. Nehmen Sie unsere Resolution an und handeln Sie nach ihr. (Beifall.)

Die Resolution Auer wird einstimmig angenommen.

Der Antrag Guben wird abgelehnt.

Die Resolution Stomle wird angenommen.

Der Antrag der Hamburg-Altonaer Genossen in Sachen Kessler-Frohne wird angesichts des Schiedsgerichts zurückgezogen.

Inzwischen hat sich die Nachricht im Saale verbreitet, daß der Genosse, der vorhin von seinem Stuhle gesunken, verchieden sei.

In großer Bewegung nimmt das Wort Singer: Ich habe dem Parteitag eine erschütternde Mitteilung zu machen: Der Genosse, der vorhin zusammenbrach, ist vom Schlage getroffen gestorben. Es ist der Genosse Baumgarten, der Delegierte für Hamburg 3. Einen Genossen haben wir in ihm verloren, der in treuester Pflichterfüllung immerdar stand. Baumgarten war einer der ältesten Genossen Hamburgs. Er gehörte zu denen, die für ihre Ueberzeugung oft gemargretet wurden. Hier hat er mitgewirkt und gesehen, wie sich die Einheit unserer Partei glänzend manifestierte. Wenn es einen Trost für den Verlust giebt, so ist es der, daß er bis zum Tod, bis zum letzten Athemzuge, im Dienste seiner Partei stand.

Ich erlaube die Delegierten, sich zu Ehren unseres Genossen von den Plätzen zu erheben. (Geschicht.)

„Ich glaube, einen Wunsch aller zu erfüllen, wenn ich die Sitzung schlicke. Wir sind nicht in der Stimmung, jetzt weiter zu verhandeln.“

Ich schlicke die Sitzung.

Die Nachmittags-Sitzung beginnt um 2 Uhr.

Schluß 11¼ Uhr.

(Der verstorbene Genosse Baumgarten ist verheiratet und hat drei Kinder. Er betrieb in Hamburg ein Brotgeschäft.)

Nachmittags-Sitzung.

Der Vorsitzende Diez eröffnet die Sitzung um 2 Uhr.

Singer theilt mit, daß er von dem Chefredakteur des „Generalanzeigers“ zu Halle a. S. einen Brief erhalten habe, welcher etwa folgendermaßen lautet:

„Die gestrige Notiz im „Generalanzeiger“ über eine geheime Beratung zwischen Führern der Partei und französischen Delegierten ist als eine verleumdende Lüge hingestellt worden. Dem gegenüber erkläre ich, daß ich selbst die französischen Delegierten, nachdem ich mit denselben eine halbe Stunde im Saale des Hotels Prinz Carl zugebracht hatte, in das bewusste Hotel geführt und dort während mehrerer Stunden in Gesellschaft dieser Herren, des Abg. Liedtnecht und anderer Parteimänner verweilt habe. Dieses Zusammensein fand in einem reservierten Zimmer des erwähnten Hotels statt. Angesichts des Charakters der geführten Unterhaltung, Angesichts der Fragen, welche die französischen Herren an den Angeordneten Liedtnecht richteten, war ich vollständig berechtigt, diese Zusammenkunft, fern der Kommerz-Feier, mit dem unverfäglichem Ausdruck „geheime Beratung“ zu bezeichnen.“

Singer verliest dem gegenüber die Notiz des General-Anzeigers. Dieselbe habe keineswegs „unverfäglich“ geungen, sondern deutete an, daß während der Kommerz-Feier wurde, die meisten Führer sich nach dem Zentralhotel begeben hätten, wo sich auch die französischen Delegierten eingefunden, sie tranken Bier und pflegten geheime Beratung.“ Er überlasse es dem

Parteitag zu unterscheiden, ob die Bezeichnung „verleumdende Lüge“, die er wiederhole, berechtigt war. (Beifall.)

Es wird in die Tagesordnung eingetreten.

Als Berichterstatter der Kommission zur Vorberathung des Organisations-Entwurfes erhält das Wort Auer: Das Ergebnis unserer Arbeiten liegt Ihnen vor.)

Die Kommission hat mit Einmütigkeit ihre Beschlüsse gefaßt. Zunächst ist der Name der Partei geändert. Wir nennen uns: „Sozialdemokratische Partei Deutschlands“. Jede Person, heißt es jetzt, gilt zur Partei gehörig — also auch Frauen. — Nicht zu jedem Buchstaben des Programms, wohl aber zu den allgemeinen Grundsätzen des Programms muß sich Jeder bekennen, der zu uns gehören will. In Rücksicht auf die vereinsgesellschaftlichen Bestimmungen ist die Form gewählt: „und die Partei nach Kräften unterstützt“. Die Unterstützung kann durch Geldbeiträge, durch wissenschaftliche Arbeiten z. erfolgen. In Sachen der Vertrauensmänner sind die Vorschläge des ursprünglichen Entwurfs im allgemeinen beibehalten worden. Doch ist in Rücksicht auf die sächsischen, bayrischen z. Parteigenossen der § 6 eingefügt. — Die Bestimmungen über den Parteitag sind im Wesentlichen geblieben, wie sie waren.

Die Parteigenossen können Anträge stellen, so viel wie sie wollen, und die Parteileitung muß sie spätestens 10 Tage vor der Eröffnung des Parteitages durch das offizielle Parteiorgan veröffentlicht. Was die Teilnahme am Parteitag betrifft, so bleibt es dem Tagtegefühle der einzelnen Kreise überlassen, ob sie mehr als drei Delegierte schicken wollen. Sie werden das Richtige treffen. Der außerordentliche Parteitag muß jetzt einberufen werden, wenn 15 Wahlkreise es verlangen. Es wird sehr selten stattfinden, daß ein außerordentlicher Parteitag einberufen wird. Die Bestimmung, daß 10000 Parteigenossen durch Unterschrift die Einberufung des außerordentlichen Parteitages verlangen dürfen, ist gestrichen, weil der Charakter des Vereins dadurch hervorgerufen würde. Jeder Staatsanwalt würde sagen: Ihr seid ein Verein, denn Ihr müßt ein Mittel haben, festzustellen, wer Parteigenosse ist. Deshalb ist diese Bestimmung, denn mehr war es nicht, gestrichen. In Sachen der Parteileitung wurde eine Veränderung erzielt. Die Fraktion gab die Erklärung ab, daß ihr gar nichts an der Uebertragung des Kontrollamtes liege. Der Hamburger Antrag wurde angenommen, der im Gegensatz zu dem Berliner Antrag eine Anzahl Einschränkungen nicht enthält. Die Einschränkung, welche die Berliner beantragten, daß die Fraktion nur bis zu einer besonderen Anzahl in der Parteileitung sitzen solle, fiel. Die Frage nach der Angehörigkeit zur Parteileitung ist nicht die Frage nach der Zugehörigkeit zur Fraktion, sondern nach der Fähigkeit zu diesem Amte. Die Parteileitung wird, nachdem sie sich konstituiert hat, die Adressen der Kontrolleure bekannt geben. Bei den Kontrolleuren kommt es weniger darauf an, daß sie an denselben Orte wie Vorsitzende, Schriftführer und Kassierer wohnen. Die Parteileitung ist der Mittelpunkt. Auf die politische Leitung wird auch die Fraktion Einfluß haben, ebenso die Presse. Eine weitere Kontrollinstanz ist überflüssig. Die Form ist gewählt mit Rücksicht auf die vereinsgesellschaftlichen Bestimmungen. Wir waren davon überzeugt, daß die vorgeschlagene Form die einzige vereinsgesetzlich mögliche Form ist. Mit der Möglichkeit, daß unsere Partei als Verein geschlossen wird, muß gerechnet werden. Für diesen Fall müßten wir uns sichern. Wir müßten eine Bestimmung haben, daß uns nicht das Geld von der Polizei genommen werde. Deshalb ist hinzugefügt: „Die Parteileitung verfügt nach eigenem Ermessen über die vorhandenen Gelder.“ Wir deponieren dann für den Fall der Schließung das Geld bei der Bank von England und verweisen auf die Bestimmung. Nicht gesagt ist, daß wir mit dem Gelde wirtschaften können, wie wir wollen. Stets werden wir öffentlich Rechnung ablegen. Der Parteitag setzt die Gehälter fest. Doch soll durch eine Resolution beantragt werden, daß die neue Parteileitung bis zum nächsten Parteitag für diesmal die Gehälter bestimmt, weil eben erst festzustellen ist, wieviel Arbeit der Einzelne hat. Die Bestimmung, daß die Parteileitung die prinzipielle Haltung der Parteiorgane kontrolliert, ist beibehalten worden. Die Gründe hierfür wurden in der Kommission so durchschlagend dargelegt, daß selbst einer der schärfsten Gegner dieser Bestimmung erklärte, er sei jetzt vom Gegenteil überzeugt worden. Eine besondere Kontrollbehörde konnte nicht eingesetzt werden, wollten wir uns nicht der Gefahr der Auflösung aussetzen. Die Bestimmung, daß das „Berliner Volksblatt“ Zentralorgan werde, ist beibehalten worden. Nach genauerer Prüfung kamen wir dahin, daß es nur mit Schädigung wesentlicher Parteinteressen möglich sei, eine andere Bestimmung zu treffen. Alle Anschauungen, alle Meinungen des Plenums waren in der Kommission vertreten. Nach harter Arbeit kamen wir zu dem Resultat, daß es keinen Sieger, keinen Besiegten in der Kommission gab, sondern daß wir alle der einmütigen Ueberzeugung waren, für das Wohl der Partei gearbeitet zu haben. Einstimmig nahmen wir schließlich den ganzen Entwurf an und schlagen Ihnen nun vor, ihn Ihrerseits zu bloß anzunehmen. (Lebhafte Beifall.)

Es wird beschlossen, in keine Debatte über den Entwurf einzutreten, sondern sofort über ihn abzustimmen.

Der Entwurf wird gegen eine Stimme en bloc angenommen. (Bravo!)

Webel begründet die angelegte Resolution, die Befolgung der Vorstandsmitglieder betreffend: Die ganze Arbeitskraft der beiden Schriftführer und des Kassierers werde erforderlich sein. Hierfür müssen sie entschädigt werden. Früher erhielten die beiden Schriftführer 150 M., der Kassierer 105 M., die Vorsitzenden 45 M. monatlich. Damit ist jetzt nicht mehr auszukommen, zumal Berlin als Sitz der Parteileitung in Aussicht genommen ist. Wir denken, daß die beiden Schriftführer je 250 M., der Kassierer 150 M., die beiden Vorsitzenden je 50 M. monatlich höchstens erhalten werden. Die Kontrolleure erhalten außer den Reisekosten Diäten für den einzelnen Fall. Die Resolution lautet:

„In Erwägung, daß im § 14 des Organisationsstatuts bestimmt ist, daß die Gehälter für die Parteileitung durch den Parteitag festgesetzt werden sollen; in Erwägung, daß noch nicht zu übersehen ist, wie groß die Arbeit der Parteileitung sein wird, also sich die Höhe der notwendigen Gehälter nicht genau festsetzen läßt, beschließt der Parteitag, daß die Parteileitung ermächtigt ist, das Gehalt bis zum nächsten Parteitag selber festzusetzen mit der Einschränkung, daß das Gehalt der einzelnen Mitglieder, soweit sie überhaupt Gehälter empfangen, den Betrag von 250 M. pro Monat nicht übersteigen darf.“ (Beifall.)

Das Wort wird nicht weiter verlangt.

Die Resolution wird einstimmig angenommen.

Zum Sitz der Parteileitung wird Berlin vorgeschlagen; außerdem von den Sibirien-Marienburg Genossen Danzig. Jochim-Danzig erklärt, daß er und die Danziger Genossen nicht mit dem letzten Antrag zu thun hätten.

Danzig wird einstimmig abgelehnt; Berlin einstimmig angenommen.

*) Wir veröffentlichen das Organisations-Statut an anderer Stelle. Red.

Für die Mitglieder der Parteileitung schlägt die Ober-Kommission folgende Personen vor:

Vorstand:

A. Gerich, P. Singer, Vorsitzende, J. Auer, A. Fischer, Schriftführer, Bebel, Kassirer.

Kontrollreue:

Behrend-Frankfurt a. O., Dubber-Hamburg, Ewald-Brandenburg, Herbert-Stettin, Jacobey-Berlin, Raden-Dresden, O. Schulz-Berlin.

Kühn-Langenbielau setzt auseinander, wie die Kommission zu den einzelnen Vorschlägen gekommen sei.

Joest-Mainz hält den Vorschlag für unannehmbar, weil die Provinzen vernachlässigt seien. Er schlägt an Stelle von Gerich, Behrend und Jacobey vor: Grillenberger als Vorsitzenden, Ged-Offenburg und Müller-Darmstadt.

Geyer: Das ist Partikularismus.

Frohme: Die Süddeutschen wünschen mit Recht in der Parteileitung vertreten zu sein.

Settig-Hannover schlägt Meister-Hannover vor.

Meister erklärt, darauf zu verzichten, ist aber mit dem Vorschlag der Ober-Kommission nicht einverstanden, die außer Berlin und Umgegend das übrige Deutschland wohl nicht gesehen habe. Die Kontrollreue können unbeschadet über ganz Deutschland verteilt werden. Rheinland-Westfalen bliebe bei dem Vorschlag sonst ganz unvertreten.

Vollmar: Ich bin so zu sagen auch ein Süddeutscher, und doch habe ich gerade den Gedanken bekämpft, die Kontrollreue aus Süddeutschland zu nehmen. Es geht nicht, daß die Kontrollreue, wenn die Zeit drängt, erst weite Reisen unternehmen.

Früh-Berndt-Berlin erklärt, daß die Berliner Delegierten mit 16 gegen 5 Stimmen beschlossen haben, statt O. Schulz-Berlin Zubeil-Berlin als Kontrollreue zu wählen.

Schmidt-Burgstädt beantragt, statt O. Schulz-Berlin Schulte-Magdeburg zu wählen.

Joest-Mainz schlägt noch Raden-Dresden vor.

Auch Pfannkuch-Kassel wird als Kontrollreue noch vorgeschlagen.

Die Wahl erfolgt durch Stimmzettel.

Vorher fragt noch O. Schulz, was ihm die Berliner in seiner 22jährigen Parteithätigkeit eigentlich vorzuwerfen hätten.

Das Resultat wird später festgestellt und morgen mitgeteilt werden.

Der Parteitag beschließt sodann, die Wahl des Ortes für den nächsten Kongress dem Parteivorstand zu überlassen.

Punkt 4 und 5 der Tagesordnung sind damit erledigt.

Es folgt Punkt 9: Anträge aus der Mitte der Versammlung. Eine Reihe Anträge wird kurzer Hand dem neugewählten Parteivorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Berathen wurden zuerst 2 Anträge, die sich mit der Gesindeordnung befassen:

1. Folgende Thatsachen setzen wir als bekannt voraus:

Die Arbeiter, Arbeiterinnen, jugendliche Arbeiter und Kinder, welche in der Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Gärtnerei, beim Fuhrwesen, Binnenschiffahrt, Fischerei und zu persönlichen Dienstleistungen beschäftigt werden, stehen nicht unter der Reichs-Gewerbeordnung, sondern unter den Gesindeordnungen der Einzelstaaten.

Diese Gesindeordnungen sind ausnahmslos auf den Grundsatz errichtet, daß Arbeiter Staatsbürger zweiter Klasse sind. So enthält die sächsische Gesindeordnung in ihren Motiven den Satz: „Dienstloses Gesinde bildet jedenfalls eine der besondern polizeilichen Aufsicht bedürftigen Menschenklasse.“ Diese polizeiliche Aufsicht schreibt besagte Gesindeordnung auch vor.

Die preussische Gesindeordnung vom Jahre 1810, die sächsische und die meisten anderen gefasteten der Herrschaft und deren Stellvertreter das Gesinde, also alle oben genannten Arbeiter, Arbeiterinnen u. s. w. körperlich zu züchtigen. Widerstand gegen derartige körperliche Züchtigung wird beim Arbeiterstand eventuell mit Gefängnis bestraft. Ebenso Ungehorsam gegen die Herrschaft u. s. w.

Wir beantragen daher: Der Parteitag wolle beschließen: Es ist Pflicht jedes Parteigenossen, insbesondere der Reichstags-Fraktion, dahin zu wirken, daß obengenannter Theil des Arbeiterstandes der deutschen Gewerbeordnung unterstellt und die Gesindeordnungen der Einzelstaaten aufgehoben werden. Otto Jochen, Robert Greiner-Aischerleben, Gottfr. Bais-Kalbe a. S., August Trautmann-Quenlinburg a. H., Robert Dahlen-Halberstadt, Albert Bartels-Wernigerode, August Noack-Eilenburg, Ernst Tige-Minden, Christian Schrader-Osnabrück, Wilh. Fehrl-Burgsteinfurt i. W., Alois Krefschmer-Lüneburg, G. Weichelt-Birna, Herm. Herzog-Ventersdorf i. sächs. Jüttau, Karl Neu-Reichenbach i. W., W. Händler-Mannheim, Th. Lutz-Waden-Waden, J. Jarbock-Bromberg, G. Bertram, Otto Böttcher, Emil Pähle, Karl Schulz-Königsberg, F. Geferid-Egeln, G. Venete-Gelle.

2. Der Parteitag fordert die Fraktion auf, in der nächsten Session des Reichstages einen Antrag einzubringen, der vom sozialreformatorischen Standpunkt aus die Arbeitsverhältnisse a) der Land- und Forstarbeiter, b) der heut unter die Bestimmungen der Gesindeordnung fallenden Personen, regelt. Auerbach-Berlin, Fr. Zubeil-Kalan-Ludau, F. Trostener, Grevesmühlens-Hagenow.

Greiner-Aischerleben begründet ausführlich Antrag I.

Dahlen-Halberstadt schließt sich dem Antrag an.

Niemann beantragt, die beiden Anträge der sozialdemokratischen Reichstags-Fraktion und den sozialdemokratischen Vertretern in den Einzel-Landtagen zur Berücksichtigung zu überweisen.

Geyer-Leipzig macht auf die Schwierigkeiten aufmerksam, welche die reaktionären Parteien der Aufhebung der Gesindeordnung bereiten.

Der Antrag Niemann wird angenommen.

Berathen wird hierauf folgender Antrag:

1. In Erwägung, daß unter den Genossen vielfach die Ansicht vorherrscht, es seien manche der früheren Genossen im „Sozialdemokrat“ ganz ungerechtfertigter Weise in den Verdacht gebracht worden, der Polizei Dienste zu leisten, beschließt der Parteitag, eine aus 7 Genossen (Delegierten) bestehende Kommission zu wählen, welche die Parteileitung das gegen die betreffende Person vorliegende Material zur Prüfung zu übergeben und die dann nach erfolgter Kenntnisaufnahme dem Parteitag kurz Bericht zu erstatten hätte. Gustav Kessler, Werner, Bernicke, Jacobid, Berndt, Auerbach-Berlin, Zubeil, Trostener, Schwarz, Stochen, J. Juinow, E. Somke, G. Jhrer, Wilh. Liesländer, Adolph Schulze, Friedr. Kaeris, Ed. Gutmann, H. Allermann, Fr. Schwabe, C. Ernst, W. Gieshoit, J. Wernau, H. Deime, Fr. Blohm, F. Gundelach, Otto Jochen, Louis Nichtmann, Heinrich, N. Bräuer.

Niemann u. Chemnitz beantragt, den Antrag der Ober-Kommission zu überweisen.

Zubeil schlägt in der Hoffnung, daß die Mitunterzeichneten mit ihm einverstanden sind, vor, den Antrag der Parteileitung zu überweisen.

Singer: Parteigenossen! Ich bitte der Behandlung dieses Antrages Ihre ernsteste Aufmerksamkeit zu schenken. Im Namen des Bureaus stelle ich den einstimmig gefaßten Antrag, den Antrag Kessler abzulehnen. Es liegt ein Brief Frohme vor, der um Unterstützung seiner Angelegenheit bittet, der „Sozialdem.“ hatte ihn als in Diensten der Polizei stehend bezeichnet. Ähnlich liegt der Fall Conrad-Breslau. Auch er wünscht Untersuchung des Falles. Dann liegt ein Schreiben des Buchdruckereibesetzers Röwer vor, der gleichfalls um Untersuchung bittet, und ein Schreiben von Maximilian Schlessinger-Breslau, der um Untersuchung seines Falles bittet. Was zunächst das letzte Schreiben betrifft, so ist Herr B. Schlessinger nicht Parteigenosse; wir haben keine Veranlassung, uns mit ihm zu befassen. (Bravo.) In der ganzen Partei ist nicht ein Mitglied, das

nicht lebhaft bedauern würde, wenn irgend Jemandem durch die Mittheilungen der „Eisernen Maske“ Unrecht gethan wäre. Namens der Parteileitung in der Fraktion weise ich die elende Verdächtigung, daß es sich um private Rachgier dabei handele, entschieden zurück. Der Antrag Kessler weist dem Parteitage eine Aufgabe zu, die er nicht erfüllen kann. Er muß dem Parteitag zu, zu wissen, wer die „Eiserne Maske“ ist. Ich glaube, es ist Niemand in Saale hier, der diese Frage beantworten könnte. Sollen wir die Freunde in Zürich und London fragen? Und wie, wenn jene sagen, wir sind nicht gewillt, Euch das Material zu liefern? Weit über dem Interesse der Einzelnen, selbst wenn sie ungerecht beschuldigt sind, steht das Interesse der Partei. Dem Phantom „Eiserne Maske“ verdankt die Partei die wichtigsten auf ihre Wahrheit geprüften Enthüllungen. Die sozialdemokratische Partei hat kein Interesse, auf die Beantwortung einer Frage zu dringen, an deren Beantwortung die Polizei das höchste Interesse hat. Unter der Wucht der Verhältnisse sind wir gezwungen, trotz aller Sympathie mit etwa ungerecht Beschuldigten mit der Sache Schluss zu machen. Deshalb beantrage ich, den Antrag Kessler abzulehnen, die eingegangenen Beschwerden von Frohme, Conrad und Röwer damit als erledigt zu betrachten und auf das Schreiben von Maximilian Schlessinger nicht erst einzugehen. (Lebhafte Beifall.)

Heilig-Breslau geht auf die Einzelheiten des Falles Conrad ein.

Wernau-Berlin erklärt, daß sein Name auf eigenthümliche Weise unter den Antrag gekommen sei, daß er ihn zurückziehe und empfehle über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen.

Kessler erklärt, daß er nicht der eigentliche Antragsteller sei, sondern seinen Namen unter den Antrag gesetzt habe, als er bereits mit zahlreichen Unterschriften bedeckt war.

Der Antrag Singer wird hierauf gegen zwei Stimmen angenommen.

Der Antrag: Der Parteitag wolle beschließen: Die verbündeten Regierungen aufzufordern, um die durch das verurtheilte Ausnahmengesetz angerichteten Schäden einigermaßen gut zu machen, das auf Grund der willkürlichen Bestimmungen dieses Gesetzes weggenommene Eigenthum von Körperschaften und Personen wieder herauszugeben. Vollmar, Schmid, Göschl, Göhnerberger, Viri. — wird angenommen.

Berathen wird hierauf folgender Antrag:

In Erwägung, daß durch die Aufhebung des Ausnahmengesetzes gegen die sogenannten gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 eine Reihe von staatsbürgerlichen Rechten ausgeübt werden kann, ohne von Strafe bedroht zu sein;

In fernerer Erwägung, daß auf Grund desselben Gesetzes eine große Zahl von Bestrafungen von Rechts wegen erfolgt sind, welche von den Betroffenen zur Zeit verhängt worden; daß weiter die Bestimmungen des zitierten Gesetzes die grundlegende Tendenz vieler Bestrafungen auf Grund §§ 128 und 129 des R.-Str.-Gesetzbuchs bilden, deren Verhängung zum Theil zur Zeit noch nicht erfolgt, erklärt der Kongress der deutschen Sozialdemokratie zu Halle, indem er den Opfern des Sozialistengesetzes seine Sympathie und seinen Dank für ihr mannhaftes Eintreten für ihre Ueberzeugung und die Emanzipation der Proletarier aus politischer und ökonomischer Knechtschaft ausspricht — daß es mit den Aufgaben eines Rechtsstaates nicht vereinbar, und daher Pflicht desselben ist, die Aufhebung begünstigter Strafvollstreckungen auszusprechen und beauftragt der Kongress das Bureau, diese Resolution der Staatsregierung zu übermitteln. W. Lücke-Köln, Ernst Moritz-Köln, Franz Werner-Köln, Jos. Kesenheuer-Mühlheim a. Rh., H. Hager-Mühlheim a. Rh., Heinr. Attermann-Roben, Otto Klein-Berlin, Ernst Wilschke-Berlin, Janiszewsky-Berlin, A. Salomon-Oberbarnim, S. Schibolzin, Adolf Hofmeister-Köln (Landkreis), Hugo Woldebeck-Köln (Landkreis), Lorenz Kurth, Karl Niemann u. sächs. Kreis, Karl Forges 21. sächs. Kreis, Adolf Albrecht-Halle a. S., Otto Schmidt-Quersfurt, Ad. Hoffmann-Merseburg, S. Hirt-Niederbarnim, A. Blahse-Niederbarnim, Ernst Hahn-Gera-Neupf. S. Müller.

Lücke empfiehlt den Antrag.

Bebel kämpft ihn. So vorsichtig der Antrag abgefaßt sei, laufe er doch auf eine Amnestie heraus. Eine Amnestie wollen wir nicht, eine Amnestie wollen die nicht, die noch hinter Kerkermauern sitzen. (Beifall.)

Der Antrag wird abgelehnt.

Der Antrag: Unterzeichnete stellen den Antrag, die Fraktion möge im Reichstag den Antrag stellen, auf Aufhebung aller französischen Gesetze in Elsaß-Lothringen. B. Böhle-Strasbourg i. G., Jakob Haug-Mühlhausen i. G. wird abgelehnt, nachdem Bebel geltend gemacht, daß die Antragsteller das Kind mit dem Bade ausschütten. Das Reichsland hat auch noch die französische Zivilrechts-Gesetzgebung, die der deutsche bei weitem vorzuziehen sei. Hätten die Antragsteller bestimmte Gesetze: den Diktatur-Paragrapphen, die französische Press-Gesetzgebung genannt, die in Betracht gezogen werden sollen, so wäre ihr Antrag anzunehmen.

G. Heil-Leipzig beantragt:

Der Parteitag wolle beschließen, die Fraktion zu beauftragen, ein Vereins- und Versammlungsgesetz auszuarbeiten und im Reichstage einzubringen, welches unter vollständiger Wahrung der Vereins- und Versammlungsfreiheit dem unhaltbaren Zustande der betreffenden Landesgesetze ein Ende macht. (15 ähnliche Anträge liegen noch vor.)

Die Einfügung des verstorbenen Genossen Baumgarten ist inzwischen erfolgt. Der gesammte Parteitag wird dem Todten das Geleit bis zum Bahnhof geben. Am Sarge, den die rotte Fahne deckt, wird Singer eine kurze Ansprache halten. Die Leiche wird nach Hamburg übergeführt. Die Beisetzung erfolgt auf Parteikosten. Die Sitzung wird um 5 Uhr geschlossen.

Die Präsenzliste ist nunmehr fertig gestellt. Am Kongress nehmen Theil:

- Abel, Albrecht, Altermann, Anderhul, Apel, Arnold, Asmann, Auer, Auerbach, Arter, Birer, Bais, Bamberg, Bauer, Baumgarten, Bartels, Barth, Barling, Bebel, Beeh, Beder, Behrend-Frankfurt an der Oder, Behrend-Ludenwalde, Benede, Bennenw. Bentzien, Bentrost, Berndt, Franz, Berndt, Fröh, Berndt, Moriz, Berthold, Bertram, Beyer, Biber, Viri, Bloß, Volz, Böhle, Böttcher, Bork, Bornmann, Breder, Brell, Brauer, Brähne, Brubns, Bremer, Brey, Buchwald, Burdhardt, Busch-Meup, Busch-Mecklenburg, Frau Blom, Goldig, Dahlden, Daffach, Demmler, Diek, Diez, Dittus, Dubber, Doerr, Dresbach, Ebert, Ehrhart, Eins, Eisinger, Emmel, Epple, Erbert, Esfurth, Ernst, Ewald, Frohme, Klappig, Faber, Frieside, Fröh, Fichtmann, Fröhlich, Feiler, Friedrich, Franzen, Fleischmann, Fischer, Fischer, Frauendob, Feer, Funke, Förster, Göschel, Geyer, Ged, Galm, Gerh, Genhel, Germer, Geferid, Gesehr, Gieshoit, Glode, Geiner, Greny, Grillenberger, Gumann, Grünberg, Guttentstein, Grimpe, Grothe-Halle, Grothe-Pröbittau, Gründel, Grundstein, Göhnerberger, Goldbach, Gottschall, Frau Gundelach, Hirsch, Heilig, Hoppe, Herbert, Haburg, Hirschmeyer, Haedel, Hochbaum, Dud, Hansler, Haug-Freiburg, Haug-Mühlhausen, Hahnfeld, Heine, Hager, Do Richter, Hugo, Hermann, Hoffmann-Feiz, Höhle, Heizing, Hoffmann-Merseburg, Herling, Heinrich, Hoffmann-Quersfurt, Hug, Hogrove, Hanschen, Haehn, Horn, Heppner, Herzog,

- Heilmann, Hiel, Hillmer, Hahn, Hoffmann-Rudolstadt, Hofmann-Hildebrandt, Hittig, Hofmann-Meiningen, Harm, Heine, Joest, Jacoben, Jeab, Jensen, Johansen, Johann, Jelder, Jahn, Jüttner, Janiszewski, Jochen, Frau Jahn, Knefeler, König, Kehl, Krewinkel, Kees, Kuhn, Kulmbach, Kettel, Randt, Konrad, Kofosky, Köster, Klop, Katurbe, Keller, Kambach, Kühn, Klein, Krieger, Korth, Körner, Kessler, Kerck-Bremen, Kurnert, Kämpfe, Keth, Kaden, Kramer, Knuth, Krefschmer, Kretsch, Kaulich, Krugge, Müß, Kellermann, Kießling, Lampe, Langenhein, Langer, Langner-Breslau, Leige, Lenz, Lechte, Leutert, Leven, Liebkecht, Liebschütz, Pienau, Löwenstein, Lorenz, Lücke, Lütgen, Lutz, Mahlle, Matthies, Meier-Frankfurt a. M., Meiß, Meißner, Messing, Mehner, Meyer-Hamburg, Meyer-Pirmasens, Müller, Moilenbühr, Morbach, Moriz, Möller, Müller-Quersfurt, Müller-Wamberg, Müller-Schleudig, Müller-Darmstadt, Müller-Berlin, Mehger,

- Neulissen, Neu, Neudorf, Niemann, Noak, Dertel, Ohlig, Ord, Orbig, Pögelow, Palmer, Pape, Pelz, Peterz, Peterz, Pfannkuch, Pankau, Pittack, Plasse, Poymann, Postel, Posthast, Prinz, Prof., Raeker, Rebner, Reiphans, Reinermer, Reinitz, Reiner, Richter, Riebold, Riefop, Röder, Röhleder, Dr. Rühl, Räger,

- Salomon, Segig, Semmler, Seß, Sievers, Singer, Sittig, Slomke, Sperta, Spinbler, Schäfer-Meg, Schäfer-Augsburg, Schalling, Schenk, Schippel, Scherm, Schidolsky, Schiel, Schilling, Holz, Schloperek, Schmalfeldt, Schmidt-Berlin, Schmidt-Mannenberg, Schmidt-Quersfurt, Schmidt, 18 Sachsen, Schmidt, 15 Sachsen, Schmidt-München, Schmidt-Inhalt, Schnabel, Schneidenbach, Schmalfeld, 5 Sachsen, Schönfeld, 3 Sachsen, Scholz, Schreiber, Schröder, Schalenberg, Schulz-Jena, Schulz-Erfurt, Schulz-Weimar, Schulze-Magdeburg, Schulze-Königsberg, Schulz-Breslau, Schülz-Charlottenburg, Schulz-Koburg, Schulz-macher, Schwarz-Feiz, Schwarz-Hamburg, Schwarz, Schmidt-Frankfurt, Frau Steinbach, Schwarz-Lübeck, Schwabe, Schweer, Schwerdtfeger-Stadthagen, Stamm-Württemberg, Stamm, 3 Sachsen, Starke-Bunglau, Steidten, Steinlich, Stengel, Stephan, 11 Sachsen, Stephan-Hildesheim, Stöcker, Stolle, Stolz, Strobel, Stürmer, Sturm,

Tabert, Teves, Theiß-Gimhorn, Theiß-Alt-Loden, Theiß, Thierbach, Theiß-Mannheim, Tige-Minden, Tige-Breslau, Zaeterow, Zoelde, Trautwein, Trostner, Tuhauer,

- Ulrich, Urban-München, Urban-Soran, Vogel, Vogenig, Voldeaner, Vollmar, Wassermann, Watermann, Wehner, Weichelt, Wendler, Wendt, Weniger, Wenzel, Wernau-Berlin, Wernau-Landsberg, Werner-Göln, Werner-Charlottenburg, Werner-Charlottenburg, Wesh, Westphal, v. Wietersheim, Wilschke-Münster, Wippin, Wilschke-Berlin, Wittmann, Woldebeck, Wunderlich, Wurm,

Zappay, Jarbock, Zubeil, Jerm, Jwiener,

Bureau des Parteitages.

Singer, Diez, Vorsitzende.

Arter, Frohme, Müller-Schleudig, Bruhns-Bremen, Schlessinger-Berlin, Bloß, Schwarz-Lübeck, Dertel-Nürnberg, Schlessinger-Führer.

Mandats-Prüfungs-Kommission.

Wernau-Berlin, Hofang-Dessau, Hahn-Gera, Ewald-Brandenburg, Hirsch-Nieder-Barnim, Pfannkuch-Kassel, Schwarz-Hamburg, Klop-Stuttgart, Grothe-Halle.

Reuener-Kommission.

Müller-Darmstadt, Reiphans, Klop, Kaden, Pfannkuch, Grimpe, Meiß, Ged, Ewald.

Zusundzwanziger-Kommission.

Auer, Bebel, Behrend-Frankfurt a. O., Bertram-Hannover, Dapbach-Hanau, Jhrer, Gummel-Frankfurt a. M., D. H. Mannheim, Herbert-Stettin, Kessler-Köthen, Kühn-Langenbiel, Lorenz-Königsberg, Lüttgens-Hamburg, Mahlle-Feiz u. Niemann, Chemnitz, Schern-Nürnberg, Schönfeld-Dreß, G. Schulz-Berlin, Segig-Fürth, Slomke, Vielesfeld, Gannstatt, Theiß-Hamburg, Vollmar-München, Wernau-Berlin, Randt-Rostock.

Auswärtige Gäste.

Mundberg-Kopenhagen, Anseele-Gent, Dr. V. Adler-Wien, Hanter-Wien, Polony-Wien, Domela-Nieuwenhuis-Brüssel, Branting-Stockholm, Duc Quercy-Paris, Guesde-Paris, Ferrer-Paris, Eleanor Marx-Aueing, Friedrich Scherrer, Präsident des Schweizerischen Grütlvereins, Wullschläger, Grothe-Halle, Basel.

In Bezug auf den nächsten internationalen Arbeiterkongress wird uns noch weiter mitgeteilt: Einberuener werden sich die bekannten Erfahrungen des Pariser Kongresses zu Nutze machen. Abgesehen von der vorstehenden Pariser mitgetheilten Bestimmung, daß die Berichte des Kongress gedruckt in den drei Kongresssprachen vorzulegen sind, ist auch Sorge getragen, daß internationale Uebersetzungen in der wirksamsten Weise organisiert werden wird, und zwar schon vor Zusammenritt des Kongresses — daß ferner der Kongress eine eigene Druckerei zur Verfügung haben wird — daß der Kongress nach jeder Richtung hin in den Stand gesetzt ist, seine Aufgaben möglichst glatt und gründlich zu erledigen.

Korrespondenzen.

New-York, 3. Oktober. Ueber die Zustände in den „Zigarren-Städten“ Binghamton sind in der letzten Zeit mehrere Schilderungen in der hiesigen Volkszeitung gegeben worden, denen hervorgeht, daß das ganze dortige Beamtenthum aus unethischen Kreaturen der Fabrikanten besteht und alles thun wird, um diese Befehle. Zu den schon früher geschilderten Vergewaltigungen jedes Rechtes der Arbeiter ist noch nachzutragen, daß einer der dortigen „Richter“ gelegentlich einer Urtheilsfällung erkrankt Streifen sei Bagabundiren, Streifende somit als Bagabunden zu behandeln! — Wäher hat noch keine der höheren Staatsgewalten (Governor, Legislatur) einen Finger gerührt, um dem schändlichen Zustand ein Ende zu machen. Es hätten solche Zustände aber nicht einreichen können, wenn nicht die Arbeiter selbst sich Alles gefallen ließen und das gedankenlos Stimmgeben der sozialistischen Parteien abgaben. Und es ist noch sehr die Rede von der Behandlung, welche sie von den durch sie selbst gewählten Beamten zu erdulden haben, mehr als einen kleinen Projecten von ihnen aus dem eingewurzelten Dusef rütteln wird. geistige Erwachen der „Massen“ ist hier erst zu erwarten, sich die ökonomischen Verhältnisse noch etwas anders gestalten haben; was, Angesichts der mächtigen industriellen Entwicklung des Südens, vielleicht nicht mehr so lange dauern wird, als nach dem Maß, abe des bisherigen Ganges der Dinge annehmbar möchte. — Wie tief eingewurzelt hier das Unterthänigkeitsgeistes gegenüber den (selbstgewählten) Exekutivbehörden ist, hat der Verhalten der Delegaten zur Brooklyner Central-Labor-Versammlung bezüglich der Vergewaltigung des Versammlungsrechts durch den Bürgermeister gezeigt, der sich von den reichen, somit durch reichen orthodoxen Juden bestimmen ließ, die „Hom“-Freier“ der arbeitstheoretischen Juden gewaltsam zu verhindern. Centralkörper der organisierten Arbeiter lehnte mit großer Richtigkeit ab, einen Protest gegen die Vergewaltigung eines der wichtigsten Volksrechte zu ergehen; vergebens wiesen einige fortschrittlichen Delegaten (anarchistische sind in der Körperung gar nicht vertreten) darauf hin, daß es nicht darauf ankomme, gegen wen sich der Vergewaltigungsakt richte; daß die Richtung, möge sie anderen Bürgern auch noch so unethisch

Siehe verfolgen, das Recht gewährleistet sein müsse, ihren An-
sichten Ausdruck zu geben; und was dieser Argumente mehr für
die in einem republikanischen Gemeinwesen selbstverständliche freie
Meinungsäußerung sind. Es nützte alles nichts; die Versamm-
lung lehnte den Antrag ab, und mehrere Delegierten äußerten sogar
unter Beifall, daß der Herr Bürgermeister ganz recht gehandelt
habe und eher noch ein Dankesvotum verdiene.

Angesichts einer solchen Erscheinung — und man könnte
auch überall anders gleiche oder ähnliche Erfahrungen in dieser
Beziehung machen — überkommt Einen ein wehmütziges
Gefühl, wenn man am Schlusse eines Artikels der „Volks-
zeitung“ über die Bedeutung des 1. Oktober in Deutschland
liest: „Möge die große Lehre des 1. Oktober Deutschlands in
diesem Lande am 4. November (dem Wahltag) dieses Jahres
fruchtbar tragen!“ — Du lieber Himmel! Keine Sorge Arbeiter
hat zum größten Theile nicht einmal eine blasse Ahnung von dem,
was sich drüben abgespielt, und im Uebrigen sehen sie nicht um
eines Haars Breite weiter, als ihre Nase reicht. Und dies be-
schränkt sich nicht nur auf das eingeborene und sonstige englich-
sprechende Element, sondern auch auf die große Mehrheit der
deutschen Arbeiterbevölkerung, obwohl es gerade unter dieser
an stetiger Aufklärungsarbeit nicht gekehrt hat. — Wie man an
den jetzt in New-York stattfindenden Wahlen sieht, so ist es
schon längst, ist selbst von den auf fortschrittlichem Boden stehenden
deutschen Arbeitern nur ein nicht sehr starker Prozentsatz durch die
erzählte Entwicklung der Dinge drüben so weit ausgerüttelt
worden, um wieder aktiv an der Bewegung theilzunehmen. Auf
der Mehrzahl laitet vor wie nach der schwere Alpdruck des
Kriegerischen Geistes der Massen, der jede Thätigkeit des Fortschritts
noch immer als hoffnungslos erscheinen läßt. Es ist deshalb
auch kaum anzunehmen, daß das Wahlergebnis für die sozialistische
Arbeiterpartei, speziell hier in New-York, trotz der günstigeren
Bedingungen durch das neue Wahlreglement, ein besseres sein
wird, wie vor zwei Jahren.

Die ich im vorigen Briefe mittheilte, hatten sich vier der
hiesigen Nationalistenklubs der sozialistischen Arbeiterpartei an-
geschlossen, die übrigen scheinen sich dagegen in der
Gesellschaft des Wood-Elements wozu sie fühlen, das feinerzeit
die Konvention „gepackt“, auf der die „Commonwealth Party“
gegründet wurde. Während mit jenen vier Klubs der sozialistische
Professor De Leon sich von letzgenannter Partei abgewendet, ist
ein anderer bekannter sozialistischer Führer der Nationalisten,
Makeman, bei denselben geblieben.

Das meiste Leben herrscht hier noch immer bei den jüdischen
Arbeitern. Wie schon früher mitgeteilt, hatte Professor Garfide
unausgesehene Anstrengungen sich bei denselben beliebt zu machen
genußt, so daß er mit an der Spitze der Streikbewegung trat.
Dabei hatte er seine anarchistischen Ansichten allerdings in den
Hintergrund treten lassen, und es zeigt sich jetzt, daß die große
Mehrzahl derjenigen jüdischen Arbeiter, welche sich auch am
politischen Leben beteiligen, nichts von den anarchistischen „Lehren“
wissen will.

Es fand nämlich vor kurzem eine Versammlung der jüdischen
Arbeiter statt, welche eine Disputation über Anarchismus und
Sozialismus zwischen Garfide und Jona, sowie einigen anderen
Rednern aus beiden Lagern auf der Tagesordnung hatte, und
dabei ergab sich, daß nur ein kleiner Theil der stark besuchten
Versammlung für die anarchistischen Argumente inclinirte. Eine
weitere Disputation mit demselben Resultat fand kurz darauf
zwischen anderen Vertretern beider Richtungen in einem anderen
Lokal statt. Erstaunlich ist es, daß diese Versammlungen in „aller Ruhe
und Freundlichkeit“ vor sich gehen und es nicht, wie noch vor einem
halben Decennium, blutige Kämpfe giebt. — Was das Vorgehen
der anarchistischen Gruppe unter den jüdischen Arbeitern betrifft,
welche den Verein „Pioniere der Freiheit“ bilden — derselbe,
welder die verbotene „Jom Kippur“-Feier in Brooklyn arran-
girt —, so herrscht die Ansicht, daß dessen Thätigkeit gegenüber
dem orthodoxen Judenthum an und für sich wohl anzuerkennen
sei, nicht aber die provozirende Form, die dabei zuweilen beliebt
wird. Der Zweck dieser Thätigkeit, den in jener Beziehung
noch rückständigen jüdischen Arbeitern eine andere Welt-
anschauung beizubringen, wird dadurch lange nicht in dem Maße
gefördert, als durch das Verfahren der Sozialisten, welche das
Gesamte umgeben der Rabbiner mit dem ausstehenden Theile des
Judenthums als Agitationsmittel verwenden. — Die „Gruppe
Ladephia“ hat sich mit dem Kreis mit den silbernen
Haaren, vulgo General Numbum überworfen, der es ihr
nicht verzeihen konnte — wie es in einem Flugblatt heißt —,
daß sie selbstständig denkende Leute unter sich hat, die stets ihre
Ansprüche jubielen, wenn er mit Schweidelobjekten herausdrückt
die „schwarze Hand“, mit dem Hochstapler Bachmann an der
Spitze, und die gern wissen möchte, „wo das Geld geblieben,
das aus den armen Arbeitern f. J. herausgepreßt wurde zur
Gründung einer täglichen Zeitung, und das wohl verwendet
wurde zur Propaganda des Missinganges für gewisse Gauner!“
Am Schlusse des betr. Flugblattes heißt es: „Genossen, denkt nicht
daran, die Lohnklaverei abzuschaffen, so lange Ihr nicht die Diktatur
„Moi“ abschafft, die noch schlimmer ist, als alle Tyrannen eines
politischen oder kapitalistischen Vosses. Emanzipirt Euch, denkt
und handelt selbstständig, verhindert auf jeden Fall, daß der
Redakteur des Parteiblattes sich nicht von seinen Freunden ver-
leiten läßt, ein Blatt, das für denkende Arbeiter geschrieben sein
soll, zum Spucknapf zu benutzen. Wir würden Genossen zum
Parteitag entsandt haben, jedoch wissen wir besseres zu thun und
haben keine Neigung, als Statisten auf Moir's Puppentheater
mitzuwirken.“ — Hans wird sich selbstverständlich auch über diese
„Stinklöcher“ hinwegsetzen, aber wenn das so weiter geht, wird er
schließlich einsam und verlassen auf seiner Trommel sitzen und
mit trüblichen „blühenden“ Augen den „Plan“ machen, be-
züglich dessen Ausführung ihn aber Niemand fragen wird:

Kreis mit den silbernen Haaren,
Kreis, wo sind die Gefahren;
Wann, wo die Schlacht?

Wie ich f. J. in den Mittheilungen über den „Labor Day“
ankündigte, soollen sich in Chicago nach den Berichten der Arbeiter-
presse ca. 30000 Menschen an der Parade theilgenommen haben. Diese
Zahl ist nachträglich auf ein schwaches Drittel (9000) zusammen-
gedrückt worden, und im Uebrigen scheint es in der Weltausführung
bezüglich der Arbeiterbewegung sehr traurig auszufallen.
Die sich herausgestellt, treibt in dortigen „Gewerkschaftsrath“,
der Vertreter aller gewerkschaftlichen Organisationen enthält und
große Machtvollkommenheit besitzt, schon seit langem eine
Wood-Elemente schlimmerer Sorte ihr Unwesen, die man auch
mittels gefälschter Billets ein Extra-Geschäftchen von circa
1500 Dollars gemacht zu haben. Ueberall dieselbe Geschichte! Es
ist in neuerer Zeit auch der sehr bestimmte Verdacht aufgelaufen, daß
die Mitglieder des Gewerkschaftsraths, welche f. J. als Deputa-
tion an den Gouverneur gesendet waren, um für die Begnadigung
von Sieb und Genossen einzutreten, das direkte
Gegentheil gethan haben!

Vor kurzem empfing der Governator eine größere Deputation
von Chicagoer Bürgern, die für die Begnadigung Neebe's
pläbirt. Bei dieser Gelegenheit sagte der Bankier Dreger,
welder im „Anarchistenprozesse“ Mitglied der Anklage-Jury war,
mit „Tränen in den Augen“, daß er seit der Verurtheilung Neebe's
zu wissen mehr habe und keine finden werde, bis er die Unge-
rechtheit, an welcher er unwillkürlich theilgenommen
verbreitet sehe. Man nennt es zwar „Gnade“, was hier für Neebe
verlangt werde, aber eigentlich sei es einfach Gerechtigkeit.
Als die Anklage der Grandjury unterbreitet wurde, habe sich Chicago
in ungeheurer Aufregung befunden und diese die Großgeschworenen zu
einer rigoroseren Handlung verleitet, als sie thätlichlich rech-
fertigen konnten. Ferner setzte er auseinander, daß die Jury
lediglich durch falsche Angaben der Staatsanwaltschaft veranlaßt
worden sei, die vorher abgelehnte Inanklagevernehmung Neebe's zu
beschließen. — In Chicago glaubt man trotz aller entgegen-

gesetzten Gerichte dennoch nicht daran, daß der Governator die Be-
gnadigung ansprechen wird. Es wirken andere Kräfte auf
denselben — die gleich ihm selbst keine Gewissensbisse haben
und über volle Seelenruhe verfügen —, welche es für ge-
fährlich halten, den Akt vorzunehmen, mit dem zugleich zu-
gestanden wäre — da gegen die anderen Angeklagten keinerlei
größeres Belastungsmaterial bezüglich des „Hemlock-Verbrechens“
vorlag —, daß am 11. November 1887 ein Justizmord begangen
worden sei.

Der 1. Oktober ist auch hier überall gefeiert worden, wo sich
deutsche Parteigenossen befinden. Bei solchen Gelegenheiten kommt
doch immer wieder die „Liebe zur Sache“ zum Ausdruck, die
durch den „bleiernen Alp“, wovon ich Eingang sprach, erdrückt
zu sein schien!

Lokales.

In unserer gestrigen Notiz über den „Fall Lindau“
theilt uns Herr Stein mit, daß er weder zu denen gehört, die
dem Fräulein von Schabelsky mit einer Ausweisung gedroht,
noch daß er eine solche gebilligt haben würde. Was die An-
spielung auf die Budapester Häuser anbelangt, so hat das natür-
lich auf Herrn Stein, wie der Zusammenhang ergibt, keine Be-
ziehung. Herr Stein war niemals in Budapest.

Die Bodenrenten in Berlin. Wir haben schon öfter
der Bestrebungen des Herrn Fürstheim resp. des Vereins
für Bodenreform gedacht, welche dahin gehen, die
Verstaatlichung des Grund und Bodens durch ein einfaches
Börse- resp. Hypothekensystem zu bewirken. Die Boden-
reformer hoffen von einer solchen Veränderung die Beseiti-
gung des ganzen sozialökonomischen Nothstandes. Sie sind so
einseitig, nur für das unbewegliche Kapital eine solche Um-
änderung zu wünschen, während sie das bewegliche beim heutigen
Zustand belassen wollen. Die Erscheinung, daß die Vertreter des
beweglichen Kapitals einschneidende Maßregeln für das unbeweg-
liche verlangen, und umgekehrt die Eigentümer des Bodens zu
nicht weniger einschneidenden Maßregeln gegen das bewegliche
Kapital und die Börse bereit sind, erklärt sich aus dem Umstand,
daß sich diese beiden mächtigen Faktoren in der Welt des
Kapitalismus immer in einem tiefgehenden Widerstreit ihrer
Interessen befinden, aus dem schon manches Gute entsprungen ist,
wie z. B. die englische Fabrikgesetzgebung zum guten Theil
ein Werk der konservativen Landlords betrachtet werden
kann, die mit ihr die liberalen Industriellen zu drangsalierten
hofften. Beide suchen die Staatsgewalt und die
Gesetzgebung sich dienstbar zu machen und in beiden Fällen
hat das arbeitende Volk die Kosten zu bestreiten.

Die Bodenreformer, so zahlreich sie sind und so wenig sie durch
Umwandlung des Bodens in Staatsdomänen in diesem
Augenblick die Schäden des kapitalistischen Produktionsprozesses
beseitigen würden, erfahren von den herrschenden Klassen von
heute manch derbe Abweisung; so wenig kann man sich in eine
Aenderung der Besitzverhältnisse zu Gunsten der Gesamtheit
hineindenken und wenn diese Aenderung noch so friedlich und
glücklich ist. Der Berliner Magistrat hat eine Eingabe der
Bodenreformer, in der sie eine Statistik über das Steigen der
Mietpreise in Berlin forderten, nicht gnädig aufgenommen.
Die Bodenreformer, mit dem Mitglied des Staatsraths, Herrn
Heinrich Freese, an der Spitze, verlangten nämlich, man solle die
steigende Grundrente höher besteuern und dafür die drückende
Mietsteuer beseitigen. Indem der Magistrat die Eingabe seiner
Deputation für Statistik, resp. deren Papierkorb überwies, meinte
er, eine ausführliche solche Statistik werde sich „ohne große
Belästigung der Hauseigentümer“ nicht durch-
führen lassen.

In diese armen Hauseigentümer! Sogar mit einer Stati-
stik will man sie belästigen und würde ohne die zarte Fürsorge
des Magistrats wahrscheinlich zu solch einer barbarischen und
despotischen Maßregel geschritten sein! Gottlob, daß es noch
solch gute Stadtväter giebt, die bei solcher Vordringlichkeit schließend
die Hand über die besagten Objekte moderner „grund-
stürzenden“ Theorien halten! Welch eine Zeit! Nicht nur die
Sozialisten mit ihrer Vergesellschaftung der Produktionsmittel,
auch die Bodenreformer mit ihrer Bodenverstaatlichung müssen
den Kapitalisten schlaflose Nächte machen! Und diese Boden-
reformer sind sonst gar nicht so übel, wenn sie nur ihren Sparen
nicht hätten, denkt der Philister; es sind respectable Leute, die
selbst etwas haben und keine Habenichtse, wie durchweg die So-
zialisten!

So harmlos sie sind, so können sie doch manchmal boshaft
sein, diese Bodenreformer. Da der Magistrat ihnen keine amtliche
Statistik über das Steigen der Bodenrente und der Häuser-
werthe bewilligt hat, so haben sie sich selbst einer kleinen Forschung
nach dieser Richtung unterzogen. Sie haben dann heraus-
gebracht, daß die Mietsteigerungen in gewissen Zeit-
räumen sich auf 86 bis 106 Prozent belaufen, wo-
von die baulichen Veränderungen und die Feuerversicherung
nur verhältnismäßig wenig an Kapitalaufwand in
Anspruch nehmen; ferner ist festgestellt, daß in den Jahren von
1888 bis 1877 in einer Reihe von Straßen, wo damals eine
amtliche Ermittlung stattfand, die Miethen von zusammen
sieben Millionen auf elf Millionen Mark ge-
stiegen sind.

Das ist ein Wort!
Wenn man kann sich denken, welche Mehrbelastung der
Bevölkerung inzwischen dazu gekommen ist. Die Miethen in den
Geschäftsgegenenden halten häufig noch eine steigende, wohl nirgends
eine sinkende Tendenz inne, und das Anschwellen der Einwohner-
zahl treibt die Mietpreise in der Peripherie immer wieder
hinauf.

Die hauptstädtische Presse nimmt von diesen Dingen in
ziemlich gleichgültiger Weise Notiz. Wir dagegen, so wenig wir
sonst von den Herren Bodenreformern und ihrem Abklatsch des
ehemaligen phlogistonischen Systems halten, wollen jenen Ermitt-
lungen aber die richtige Würdigung angedeihen lassen. Sie zeigen
uns klar, in welcher abschreckenden Weise auch noch der arbeits-
lose Erwerb die werththätige Bevölkerung belastet, die unter
den sinkenden Löhnen, unter der Lebensmittel-
theuerung und unter der Arbeitslosigkeit so viel zu
leiden hat.

Wir begreifen, warum der Magistrat eine Statistik scheut,
die allerdings eine der bedenklichsten Seiten der heutigen Kapital-
herrschaft grell beleuchten müßte.

Der arbeitslose Erwerb hält vor keiner Kritik Stich, denn
soviel ist vom Sozialismus heute in alle Gesellschaftskreise über-
gegangen, daß Niemand bei ihm eine Verachtung seines Be-
stehens mehr zu entdecken vermag. Wie viele Schweistropfen
werden vergossen, wie viele Fenster ausgeföhren, wie viel schlaf-
lose Nächte durchwacht werden müssen, bis die Bodenrente voll
ist und in die Hände des Grundbesitzers gelangt! Wenn im
Mittelalter der Leibeigene und Sklave an seiner Scholle lebte,
so hat nicht minder der moderne Kapitalismus den Menschen zum
Skaven des Bodens gemacht. Nur daß die moderne Miethen oft
drückender ist, wie der Zehnte des Mittelalters.

Das sind schlimme Dinge. Und ihren Eindruck darf ein
biederer Magistrat durch eine amtliche Statistik nicht noch ver-
schärfen!

Im hiesigen Krankenhaus am Urban scheinen recht
bedauernde Zustände zu herrschen. Dies geht aus einer
Zuschrift hervor, die uns von mehreren Lesern unseres Blattes
zugehrt worden ist. Besonders heftig wird über die schlechte
Behandlung geklagt, welche einige Krankenkranke den Patienten
angebrachten lassen. In der Nacht vom 4. zum 5. Oktober wurde
ein Patient, der im Pavillon III des genannten Hospitals unter-

gebracht ist, von Krämpfen heimgeführt. Für diese Krankheit
scheint der dort fungirende Wärter B. eine eigene Heilmethode
zu besitzen. Er rief dem Leidenden die Worte zu: „Dir werd'
ich die Krämpfe austreiben! Warte, hast Du noch Krämpfe?“
Gleichzeitig packte der menschenfreundliche Mann den Patienten
beim Hals und mißhandelte den Bedauernswerthen mit der Faust
in so roher Weise, daß derselbe ein blaues Auge
davon getragen hat. Der ohnmächtige Kranke selbst
konnte natürlich von dem Vorgange nichts bemerken.
Er wurde auf sein geschwollenes Auge erst von den anderen
Patienten aufmerksam gemacht. Aus Furcht vor weiterer
schlechter Behandlung von Seiten der Wärter haben sowohl der
Bemittelte als auch die anderen Patienten es unterlassen,
Beschwerde zu erheben. Erst nach 6 Tagen ist der empörende
Vorfall zur Kenntniß des Direktors des Krankenhauses gelangt.
Hoffentlich wird derselbe dafür sorgen, daß der Krankenkranke B.
eine gebührende strenge Strafe erhält. Abzulegen kann derselbe
seine Schuld nicht. Zwar sind während der Nacht die Kranken-
fälle gewöhnlich nur matt erleuchtet, da aber in jener Nacht ein
neuer Patient aufgenommen wurde, erhellte man den Saal voll-
ständig. Infolge dessen konnten auch die am äußersten Ende des
Saales liegenden Kranken die Mißhandlung beobachten. Leider
steht der brutale Krankenkranke nicht vereinzelt da. Derselbe hat
auch Befinnungsgeossen. Ein anderer Wärter desselben Hospitals
erklärte sogar, daß er die Handlungsweise seines Kollegen B. ganz
in der Ordnung finde. Dieser humane Mann meinte: „Ja, Ver-
bengungen werden bei uns nicht gemacht!“ — Es liegt im Interesse
des ganzen Gemeinwohles, daß solch' rohe Patrone nicht nur aus
den Krankenhäusern entfernt, sondern auch streng bestraft werden.
Leider begnügt man sich in den meisten Fällen damit, den
schuldigen Wärter zu entlassen. Ein Mensch aber, der sich nicht
scheut, die seiner Pflege anvertrauten Kranken zu mißhandeln,
wird sich auch nicht viel daraus machen, wenn er im schlimmsten
Falle aus seiner Stellung entlassen wird. Gewöhnlich wird ja
die ganze Sache todtschwiegen, damit das betreffende Hospital
nicht in Verzug kommt. Ein solches Verfahren kann aber dem
Publikum, welches genöthigt ist, im Krankheitsfalle in ein
Hospital zu gehen, wenig Vertrauen einflößen; denn welcher an-
ständige, ehrliche Mensch hat Lust sich den Rohheiten der Wärter
preiszugeben? — Wenn die Krankenkranke ihren Beruf so ernst
nehmen würden, wie die Pflegerinnen des Victoriahauses, welche
bestrebt sind, ihren Beruf voll zu erfüllen, dann könnte man sich
auch ohne Sorgen ihrer Pflege anvertrauen. So aber wird von
den Kranken die Behandlung von Seiten der Wärter mehr ge-
fürchtet, als das Messer des Arztes.

Ein sechsstündiger grauenvoller Mord, so grauenhaft, wie
seit der entsetzlichen Bluthat, die der Kutscher Conrad an den
Seinen ausgeführt, nicht vorgekommen ist, hat sich in der Nacht
vom Donnerstag zum Freitag zwischen 3 und 4 Uhr in dem
Hause Straße 6 Nr. 16 zugezogen. Hier hat der Zimmermeister
W. Schaff seine Frau und fünf Kinder mit dem Velle theils er-
schlagen, theils zu erschlagen versucht. Ueber den entsetzlichen
Vorgang geht uns folgende ausführliche Meldung zu: Sch. be-
wohnte seit ca. einem Jahre das oben angegebene Haus, welches
ihm gehörte, und welches er vor ca. 14 Tagen an den Wälder-
meister Kühn um den Preis von 84000 M. verkaufte. Nach dem
Verkauf des Grundstücks zog Sch. von der ersten Etage provisorisch
nach dem dritten Stockwerk hinauf, weil das von ihm erbaute
Haus in Reinickendorf, Berlinerstraße 68, noch nicht ganz fertig-
gestellt war. Seit Mittwoch befand sich die Sch.'sche Familie im
Umzug nach dort, und ein Theil Möbel war bereits dorthin ge-
schafft. Frau Sch. war am Donnerstag in der neu zu be-
ziehenden Wohnung beschäftigt, lehrte erst Abends 9 Uhr
zu den Jüngern zurück und als dann mit ihrem Mann und den
5 Kindern, sowie der im 4. Stockwerk wohnenden Frau Wiesner, mit
welder sie sehr befreundet war, Abendbrot. Alle befanden sich in hei-
terster Stimmung, was der Zeugin Frau W. auffiel, weil Sch. im
Laufe des Donnerstags sehr verstimmt und verstimmt gewesen war.
Auch die Frau Sch. war in den Tagen vorher sehr aufgereggt
gewesen, hatte viel geweint und zu Frau W. gesagt: „Mein
Mann ist zu leicht; ist es denn eine Sünde, wenn wir Alle in
den Tod gehen?“, eine Aeußerung, die bei dem gereizten
Charakter der verbitterten Frau der Zeugin nicht weiter auf-
gefallen ist. Frau Sch. entstammt einer sehr wohlhabenden
Familie Reinickendorfs; die Eltern derselben besitzen dort eine
Villa, neben welcher das neuerbaute Haus des Sch. gelegen ist.
Schaff selbst wird uns als ein liebenswürdiger, jovialer Herr, in
den 50er Jahren befindlich, geschildert, welcher Wagnerspekulationen
betreibt, die ihn in letzter Zeit in derangirte Geldverhältnisse
gestürzt haben und infolge deren er Wechselreiterei betrieben hat.
Frau Sch. wird als eine nervöse, vergäme Frau in den
30er Jahren geschildert, die jeden Tag mit ihrem Mann in Pant
lebte und denselben öfter Vorwürfe über seine leibigen Schulden
machte. Fünf Kinder waren dieser Ehe entsprossen. Die älteste
Tochter Anna ist 12 Jahre alt, dann folgt Margarethe,
9 Jahre alt, Elise 6 Jahre, Fritz 4 Jahre und endlich ein Säu-
gling Karl von 4 Monaten. Die provisorische Wohnung besteht
aus Küche, 12stücker Schlafstube mit 4 Betten und einem zwei-
stücker Vorderzimmer. In dem Schlafzimmer schlief die Frau
mit der 4jährigen Margarethe in einem Bett, vis-à-vis davon
lagen der 4jährige Fritz und die 6jährige Elise gleichfalls in einem
Bett, zu Füßen der Frau stand das Bett des Mannes; der
Kleine lag an der Seite seines Vaters in einer Wiege. Nachdem
die Sch.'schen Eheleute um 1/10 Uhr das Abendbrot eingenom-
men, begaben sich dieselben, wie die Zeugin Frau Wiesner aus-
sagt, zu Bett. Heute, am Freitag, Morgens um 6 Uhr, klingelte
zunächst der das Frühstück bringende Baderjunge vergeblich an
der Korridorhür, bald darauf erschienen die Bedienten und Zimmer-
leute des Sch., um den Schlüssel zu dem daneben liegenden
Holzplatz zu holen. Als auch ihnen auf wiederholtes Klingeln
nicht aufgemacht wurde, schickte man zur Polizei, und diese ließ
durch einen Schlosser die Wohnung öffnen. Hier bot sich den
Eintretenden der grauigste Anblick, den ein Mensch sich
wohl denken kann, dar. Zunächst fiel der Blick der Eintretenden
auf die Wiege des 4 Monate alten Kindes, das mit ge-
schmettertem Schädel und abgeschlagenem linken Ohr mit offenen
Augen in seinem Bettchen lag. Das kleine Mädchen Elise lag
an der Erde, aus vielen Kopfwunden blutend, jedoch noch Lebens-
zeichen von sich gebend. Fritz lag ebenfalls blutüberströmt
regungslos im Bett; der Kleine hatte sich wohl infolge
der Schläge auf das Gehirn stark übergeben. Auf dem Lager
sah aufgerichtete, stieren Auges und anscheinend eben von einer
tiefen Ohnmacht erwacht, wie geistesabwesend, Frau Schaff;
neben ihr lag Grete, ebenfalls anscheinend leblos, mit ein-
geschlagenem Schädel. Born in der Wohnstube lag die älteste
Tochter Anna, ebenfalls im Blute schwimmend, bewußtlos. Das
Bett des Mannes war leer, Schaff selbst aus der Wohnung ver-
schwunden. Das fast neue Beil (gewöhnliche Holzart), die Werd-
waffe, lag blutbefudelt auf dem Fußboden des Schlafzimmers.
Die Betten lagen in grauenvoller Anordnung umher und waren
über und über mit geronnenem Blut bedeckt. Die
Polizei ließ sofort einen Arzt holen, welcher Be-
lebungsversuche anstellte, die mit einigen Erfolgen ge-
krönt waren. Die fünf Schwerverletzten, von denen zwei Kinder
hoffnungslos darniederliegen, wurden Morgens gegen 9 Uhr
nach der Charité geschafft. Mit leiser Stimme erzählte die
inzwischen mehrere minutenweise Bewußtsein verrathende Frau
Sch., daß sie sich auf Nichts erinnern könne. Sie habe sonst
ihrem Mann Morgens gegen 1/10 Uhr Kaffee gekocht, daß sei
aber heute nicht geschehen. Ihr Mann müsse schon sehr früh die
Wohnung verlassen haben. Die Nachbarnleute, welche Wand an
Wand mit Sch. wohnen, wundert sich über die Ruhe, welche ge-
herrscht. Gewöhnlich sei sonst um diese Zeit fast täglich lauter
Lärm zu hören gewesen, und dann sei Sch., während die Thür
aufgeschlossen, aus der Wohnung heranzugehen; der Lärm und
Streit habe sich meist um Geldangelegenheiten gedreht. Um
11 Uhr Vormittags war die gerichtliche Kommission anwesend.
Zahlreiche Schulkinder bewachen das Haus, um welches sich große

Versammlungen.

Eine Volksversammlung, an der auch viele Damen teilnahmen, tagte am Mittwoch im Zoologischen Garten, Andreasstraße. Auf der Tagesordnung stand: 1. Sanitätswachen und Feuerweh. Referent: Herr Kaufmann Flatow. 2. Die Petition der Maurer an die hiesige Stadtverordneten-Versammlung. Referent: Herr Stadtverordneter Vogtherr. 3. Diskussion. Nachdem Herr Schwarzer, der Einberufer der Versammlung, dieselbe eröffnet hatte, wurden die Herren Kersten und Schwarzer als Vorsitzende und Herr Wach als Schriftführer gewählt. Zunächst erhielt Herr Engler das Wort. Derselbe forderte die Versammlung auf, ein Telegramm an die waderen Genossen nach Halle zu senden. Der Antrag wurde mit lebhaftem Beifall angenommen. Hierauf ergriff der Referent Herr Flatow das Wort. Derselbe führte aus, daß das Thema, welches seit Wochen die Gemüther Berlins bewegt, eigentlich kein neues sei. Bereits in den Jahren 1888 und 1889 wurde von sozialdemokratischer Seite darauf hingewiesen, daß es mit der Berliner Feuerwehr und dem Sanitätswesen noch sehr schlecht bestellt sei. Damals hatte die gegnerische Presse nur ein Hohnlächeln für alle Verbesserungsvorschläge. Es müsse uns daher mit Genugthuung erfüllen, wenn jetzt die Gegner unsere damaligen Vorschläge in Erwägung ziehen müssen. Allerdings war zu diesem Entschluß erst ein Zufall, ein großes Unglück der Ursache. Erst als das Kind ins Wasser gefallen war; erst als beim Brande auf der Friedrichstraße vier Menschenleben verloren gingen, erinnerte sich die gegnerische Presse an die Sanitätswachen. Wäre das schreckliche Unglück nicht geschehen, dann hätten die liberalen und konservativen Blätter herzlich auch jetzt noch nicht an die Sanitätswachen gedacht. Mit Schimpfen auf die Feuerwehr und aber Hilfe nicht geschaffen werden. Nur eine gründliche Organisation kann Besserung bringen. Besonders muß das Sanitätswesen umgestaltet werden; denn dieses steht in gar keinem Verhältnis zur Größe Berlins. Nur 15 Wachen sind vorhanden, und diese sind mit Instrumenten so schlecht ausgerüstet, daß sich dieselben in schweren Fällen als unzureichend erweisen. Dazu kommt, daß das Auffuchen einer Sanitätswache in Berlin durch den Mangel an Wegweiser sehr erschwert wird. In jedem Hause sollte ein Schild mit der Angabe der nächsten Wache angebracht werden. Es ist wiederholt vorgekommen, daß Hilfe vergebens gesucht worden ist. Ja, es werden sogar hin und wieder Personen in Berlin aufgefunden, die ohne ärztlichen Beistand gestorben sind. Würde das auch geschehen sein, wenn rechtzeitige Hilfe geleistet worden wäre? Ein Vorwurf kann aber die Angehörigen der Sanitätswachen nicht treffen; denn dieselben können bei den geringen Mitteln, die ihnen zu Gebote stehen, nichts Besseres leisten. Die Stadtverwaltung muß aber getadelt werden, weil sie eine für alle Bewohner Berlins so wichtige Sache Wohlthätigkeitsvereinen überlassen hat. Die Sanitätswachen sind für Berlin eine Notwendigkeit. Nicht nur der Arbeiter, sondern auch der reiche Mann kann unter Umständen in die Lage kommen, die Hilfe der Sanitätswachen in Anspruch zu nehmen. Da es sich also um die Allgemeinheit handelt, hat jeder Steuerzahler das Recht, von der Stadtverwaltung zu verlangen, daß sie das Sanitätswesen übernimmt und es der Größe Berlins angemessen einrichtet. Die Mehrzahl der gegenwärtigen Stadtverordneten scheinen aber der Meinung zu sein, daß die Sanitätswachen von der Schnorrerei befreit werden können; denn anders kann man es nicht bezeichnen, da die Sanitätswachen ihre Einkünfte fast nur von Wohlthätigkeitskonzerten und dergleichen Veranstaltungen beziehen. Von diesen geringen Beiträgen kann das gemeinnützige Unternehmen aber auf die Dauer nicht bestehen. Es wäre längst die Pflicht der Stadt gewesen, die Angelegenheit zu untersuchen und in die eigene Hand zu nehmen. Dies ist nicht geschehen, daher ist mit Recht die moralische Schuld auf die Stadtvertreter zu wälzen, wenn in Berlin ein Verunglückter ohne Hilfe bleiben muß. Bei dem Mangel an Sanitätswachen kommt es jetzt häufig vor, daß man lange in der Nacht nach einem Arzte suchen kann, der gerufen ist, mitzugehen. Vor einigen Tagen berieten die Berliner Ärzte, wie sie sich zur Sanitätswache stellen sollen. Die Herren erkannten wohl das Mäßliche der gegenwärtigen Verhältnisse an, glaubten aber, daß sie durch eine größere Anzahl von Sanitätswachen geschädigt würden, weil dann selbst Klassenmitglieder dieselben in Anspruch nehmen würden. Dies ist aber ganz falsch; denn auch die Sanitätswachen verlangen Bezahlung und dann wird jeder Mensch so schnell wie möglich seinen alten Arzt zu dem er doch das meiste Vertrauen hat, aufsuchen, um zu erfahren, ob er richtig auf der Sanitätswache behandelt worden ist. Von anderer Seite wird geltend gemacht, daß die Sanitätswachen häufig von Messerhelden in Anspruch genommen werden. Dieses ist aber nicht der Fall; denn gerade die Kaufbolde nehmen sich in Acht, zur Sanitätswache zu gehen, da sie befürchten müßten, der Polizei übergeben zu werden. Wohl aber wenden sich

die von den Strolchen Gestochenen an die Wachen. Selbstredend sind mit der Verbesserung des Sanitätswesens auch Ausgaben verknüpft. Auf dem Privatwege sind dies Kosten aber nicht aufzubringen; denn mit der Wohlthätigkeit der reichen Klasse ist es nicht weit her. Dies lehrt ein Beispiel aus dem Westen Berlins, wo die wohlhabendsten Männer wohnen. Dort wurden 2000 Bittgesuche für die Sanitätswachen nur an sehr reiche Leute gesandt. Nur 200 Antworten mit ziemlich geringen Geldspenden kamen zurück. (Pfeif!) Auch ein anderer Fall zeigt die Gesinnung der reichen Leute. Ein Mann der über Hunderttausende verfügt und für den Beitrag von 6 M. Mitglied des Sanitätsvereins geworden war, nahm die Hilfe der Wache in Anspruch. Als ihm später eine Rechnung zugeschickt wurde, glaubte sich der Mann überfordert und trat aus dem Verein aus. Das nennt man Wohlthätigkeit. Auf solche Wohlthätigkeit kann man sich aber nicht verlassen. Es ist daher die Pflicht eines jeden Steuerzahlers darauf zu dringen, daß die Stadtverwaltung die Sanitätswachen übernimmt. (Lebhafte Beifall.) Gar zu theuer würde das nicht zu stehen kommen; denn die Stadt hat ja viele Grundstücke, in denen die Wachen untergebracht werden könnten. In anderen nicht durchaus notwendigen Dingen, wie zur Veranstaltung von Schützenfesten und Doktorrentenpfeieren hatte die Stadt Geld genug, daher muß die Stadtverwaltung energisch aufgefordert werden, daß sie Mittel zur Errichtung von mindestens 30 Sanitätswachen bewilligt. Dadurch würden auch die jetzt überfüllten Hospitäler entlastet werden. Jetzt muß jeder Kranke, dem auf der Sanitätswache keine Hilfe gewährt werden kann, ins Krankenhaus gehen. Diese Mißstände würden durch Übernahme und Vermehrung der Sanitätswachen durch die Stadt verschwinden und die Stadt hätte sogar noch Nutzen davon. (Beifall.) Wünschenswerth erscheint es auch vielen Leuten, daß die Feuerwehr von der Stadt übernommen werde. Dadurch würden aber gewisse Unzuträglichkeiten, die besonders von der liberalen Presse gerügt werden, nicht verschwinden. Früher konnte man in den sogenannten freiwilligen Blättern lesen, wie stramm und trefflich die Feuerleute vor fremden, hohen Würdenträgern exerzieren. Jetzt eifern dieselben Blätter während gegen den „langsamem Schritt“, den sie doch selbst mit verschuldet haben. Wer steht uns dafür, daß nicht auch unter der Stadtverwaltung die Feuerleute militärisch gedrillt werden. Zudem wünschen die liberalen Blätter, daß auch ein Theil der Polizei und zwar der Bau- und Brandpolizei von der Stadt übernommen werden soll. Das Ganze ist aber nichts als Spiegelschere. Die Herren Liberalen wissen sehr gut, daß die Regierung nicht daran denkt, die Polizei aus den Händen zu geben. Viel richtiger wäre es, wenn die Stadtverordneten sich erreichbare Ziele setzen und dahin streben würden, daß die Feuerwehre wenigstens in sanitärer Beziehung besser gestellt werde. (Stürmischer Beifall.)

Zum 2. Punkt der Tagesordnung sprach Herr Stadtverordneter Vogtherr: Zum ersten Male ist es in Berlin geschehen, daß sich eine Fachgesellschaft an die städtische Behörde gewandt hat, um von derselben Abhilfe gegen Mißstände zu erbitten. Doch dieser Petition ist es schlecht ergangen. Mit Gelächter wiesen die Mehrzahl der liberalen Stadtväter das Gesuch der Maurer ab, ohne sich erst auf eine Prüfung desselben einzulassen. Die Maurer ersuchten die Stadtverordneten, städtische Bauten nicht mehr an den Mindestfordernden zu übergeben. Dadurch kann nur der Schleuderdarstellung Vorschub geleistet werden; denn selbstredend sucht der Bauunternehmer auf alle mögliche Weise den Lohn seiner Leute zu verringern, um selbst recht viel zu verdienen. Die Mehrzahl der Stadtväter aber, die mit mehr Würde als Verstand ihres Amtes walten, lassen sich aus der allergehörten Nähe nicht herausbringen. Diese Popsträger geben sich dem Wahne hin, daß sie durch das Submissionswesen auf billige Weise städtische Bauten errichten. Sie belügen und verrechnen sich selbst, indem sie annehmen, daß der am billigsten kauft, der den geringsten Preis bezahlt. Ferner wünschen die Maurer, daß die Löhne der Bauarbeiter nicht mehr von den Bauunternehmern sondern von Arbeiterausschüssen bestimmt werden sollten. Drittens verlangten die Petenten eine neunstündige Arbeitszeit. Diese drei Forderungen müssen zwar als recht einschneidende bezeichnet werden, aber sie sind berechtigt. Allerdings Erfolg hat die Petition nicht gehabt. Handelte es sich doch darum Privatinteressen der Reichen zu vernichten. Daher konnte das Gesuch der Arbeiter keine Gnade finden. Jeder auch nur scheinbare Erfolg der Gegner wird von den Herren Stadtvätern mit Schrecken betrachtet. Die Angst vor der Sozialisirung Berlins steht den Herren in allen Gliedern. Mit Gelächter wehrten sie einfach die Forderungen der Arbeiter ab. Zwar wurde die Grundidee als gut anerkannt, aber die Ausführung als zu kostspielig bezeichnet, da man durch Aufgabe des Submissionswesens ein ganzes Heer von Baubeamten anstellen müßte. Dies wäre aber nicht der Fall. Wir haben ja jetzt schon Stadt-Baumeister und -Räthe, Zimmermeister und Architekten z.

Dieselben brauchen der Stadt nicht mehr zu kosten, als den Privatunternehmern. Aber die liberale Stadtverwaltung wollte von der Sache, die doch dem Gemeinwesen förderlich ist, nichts wissen. Sie behandelte die Petition so, wie sie alle Neuerungsvorschläge behandelt. — Paris und London haben die angeregten Einrichtungen längst durchgeführt und dort ist man mit den neuen Zuständen so zufrieden, daß man nicht daran denkt, dieselben wieder abzustoßen. Warum sollte gerade wir uns ein Neuerungsvorschlag fehlschlagen. Sind denn die Berliner weniger intelligent, als die Leute in London und Paris? Die Berliner Stadtväter fürchten eben, daß ein neuer Geist (wenn von einem Geiste in der Stadtvertretung überhaupt geredet werden könnte (Heiterkeit), in das rothe Haus einziehen würde. Wenn die Sozialisten Berlins ihre Schuldigkeit thun, dann werden bald genügend Kämpfer für das Volkwohl gewählt werden, die mit aller Schwerkraft für die Rechte der Wähler eintreten werden. (Stürmischer Beifall.) In der Diskussion beteiligten sich mehrere Redner. Herr Bräuer führte aus, daß die Stadt genug Geld zur Ausschmückung von Straßen habe, wenn es gilt, fremde Monarchen zu empfangen. Dann kommt es auf 100 bis 200 000 M. nicht an. Aber wenn etwas zum Wohle der Arbeiter oder dem Allgemeinwohl gethan werden soll, dann knicken die freisinnigen Herren um 1000 M. Das ist die Partei des tapferen Eugens. Die Partei, die mit geistigen Waffen kämpfen will. (Lebhafte Beifall.)

Herr Stahn bemerkt, daß in anderen großen Städten viel mehr für das Wohl der Bewohner gethan wird, als es in Berlin der Fall ist. In New-York stehen der Polizei 60 Sanitätswagen zur Verfügung. Wieviel in Berlin? Für die wohlhabenden Schützenbrüder bewilligte man 40 000 M. Für das Sanitätswesen will man gar nichts geben. Auch dagegen muß gearbeitet werden, daß die Stadtverwaltung nur ehemalige Soldaten anstellt und Löhne unter 8 M. für den Tag zahlt. (Lebhafte Beifall.)

Herr Lichtenfels, der eben von Halle zurückgekehrt ist, überbringt Grüße von den dort weilenden Genossen und wünscht, daß in dem Telegramm, welches dorthin geschickt werden soll, auch die Bemerkung enthalten sei, daß die Berliner Sozialdemokraten Herrn Werner nicht als ihren Vertreter betrachten. (Beifall.)

Der Vorsitzende erucht die Versammlung, eine solche Bemerkung nicht gut zu heißen. Wenn Herr Werner in Halle sündigt, dann wird er dort schon seine Antwort erhalten. (Beifall.) Herr Wach bittet ebenfalls von einer Rüge Werners Abstand zu nehmen. Der Redner fordert aber die Anwesenden auf, in einer Versammlung, die am Donnerstag stattfindet, Stellung gegen die Art und Weise zu nehmen, mit der Werner in Halle behandelt wird. (Oho.) Genosse Flatow wendet sich energisch gegen das Ansinnen Wachs; denn es müsse als verwerflich betrachtet werden, wenn Berliner Genossen über den noch tagelangen Parteitag zu Gerichten sitzen wollten. Der Redner forderte schließlich jeden Anwesenden auf, bei der morgigen Versammlung gegen ein solches Ansinnen zu protestiren. (Stürmischer Beifall.)

Hieraus wurden einstimmig mehrere Resolutionen angenommen, welche der Stadtvertretung zugestellt werden sollen. In denselben wird das Verhalten der Stadtverordneten den Petitionen gegenüber getadelt und werden die Stadtverordneten erucht, Abhilfe betreffs des Sanitäts- und Feuerwesens zu treffen.

Nachdem noch der Vorsitzende wiederholt gegnerische Redner angefordert hatte, ihre Meinungen zu entwickeln, und sich Niemand zum Wort gemeldet hatte, wurde die Versammlung unter brausenden Hochs auf die internationale Sozialdemokratie geschlossen.

Eine gut besuchte Versammlung der Vereinigung der Stellmacher Berlins tagte am Montag, den 13. d. M., bei Herrn Jemter, Münzstraße 11. Herr Heindorf hielt einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über Lokal- und Zentral-Organisation. In der Diskussion sprachen die Kollegen Geelhaar, Schnellste und Senger. Ein bindender Beschluß wurde nicht gefaßt, vielmehr bis zu einer öffentlichen Versammlung verschoben. Eine solche soll am 25. Oktober stattfinden. Dort werden Listen auf Tischen ausgelegt werden. Wer gewillt ist, dem Lokalverband beizutreten, kann dann seinen Namen eintragen. Es wurde noch angeführt, daß im Falle einer Auflösung der Zentral-Organisation sämtliche Utensilien dem Statut nach an die Hauptkasse abzuliefern sind. Es wurde noch bekannt gemacht, daß Meister Doblis, Schulzendorferstr. 20, seinen Gesellen für eine Nabe 8 M. abgezogen hat, obgleich die Nabe noch verarbeitet wurde. Es wurde noch aufmerksam gemacht, daß das Stützungsfest am 18. Oktober im Glysium, Landsberger Allee 39-41, stattfindet. Darauf schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Streng reelle Bedienung.

H. Hartwig Söhne & Baer

Billigste, aber feste Preise.

Herren- und Knaben-Garderoben.

Eigene Werkstätten:

Berlin N.,
Chausseestraße 24a.
Berlin SO.,
Brückenstraße 8.
Berlin O.,
Gr. Frankfurterstraße 16.

Etwaige Beschwerden wolle das Publikum gefälligst im Hauptgeschäft, Chausseestraße 24a, anbringen.

Billigste, aber feste Preise.

Gold- u. Silberwaaren-Fabrik von A. Schlag,
Invalidenstr. 148, am Pappelplatz.
Reparaturen u. Neubearbeitungen. Billigste Preisberechnung.
in Gold von 2,50 M. an, Double-Profilen von 2 M. an.

Cophas, Matragen, Bettstellen,
auch Theilzahlung, 724
bei O. Schmidt, Gartenstr. 65.

Cigarren und Tabake.
B. Stabernack, Brangelstr. 85.
Das gr. Lager Berlins
Andreasstr. 28, S.p. 881

Meinen

Kunden zur Nachricht, daß ich durch bewährte Zuschnäher in der Lage bin

Paletots nach Maß in guten reinwoll. Stoffen von . . . 25 M. an.

Anzüge nach Maß von . . . 24 M. an.

Beinkleider in Kammgarn von . . . 8 M. an, unter Garantie gutst. anfertige. Ferner empfehle mein großes Lager gutstehender fertiger Garderoben:

Winter-Paletots von 18 M. an, Kammgarn-Anzüge in reiner Wolle von . . . 22 M. an, Kammgarn - Hoson von . . . 6,50 M. an, bis zu den feinsten Qualitäten zu verhältnismäßig sehr billigen Preisen.

Arbeitsachen in gr. Auswahl.

S. Posner,
Brunnen-Str. Nr. 118.
Bitte genau auf Firma und Hausnummer zu achten, da meine als reell bekannte Firma oft von der Konkurrenz ausgebeutet wird.

Roh-Tabak

Sämmtliche Sorten. Größte Auswahl, billigste Preise. G. Elkhuysen, Münzstr. 10.

Größtes Lager des Nordens
von Berlin.

Brunnenstr. 1, 1 Treppe. Brunnenstr. 1, 1 Treppe.
(Eing. Weinbergsweg.) (Eing. Weinbergsweg.)

Neue Amerikanische Verkaufshallen.

Herren- und Knaben-Garderoben-Fabrik. Verkauf zu streng festen Fabrikpreisen.



Wir empfehlen für die Saison folgende Artikel:

- Knaben-Anzüge in Sudekin von 3 bis 10 M.
 - Knaben-Paletots in Double, Eskimo, Cheviot von 4,50 bis 12 M.
 - Burschen-Paletots von 8 bis 15 M.
 - Complete Anzüge in Sudekin, Hammgarn etc. von 12 bis 40 M.
 - Winter-Paletots in Double, Eskimo etc. von 10 bis 50 M.
 - Hosen in allen Qualitäten, von den billigsten bis zu den feinsten Hammgarn-Stoffen.
- Sämtliche Waaren sind nur von den allerbesten Stoffen gearbeitet und wird für nadelfertig garantiert. 1289

Preise streng fest.
Neue Amerikanische Verkaufshallen.

Brunnenstr. 1, 1 Treppe. Brunnenstr. 1, 1 Treppe.
(Eingang Weinbergsweg.)



G. Scharnow's Uhren-Fabrik

älteste und anerkannt leistungsfähigste
En gros Berlin S., Export
Oranienstr. 152, Ecke Morihplatz,
besteht seit 1860. Anerkannt beste Bezugsqu.
Nidel-Remontoir-Uhren von 10-15 M.
Silberne Remontoir-Uhren v. 17 M. an
Goldene Damen-Uhren . . v. 20 M. an
do. Ancre-Herren-Remontoir-Uhren . . v. 50 M. an
Regulateure v. 8 M. an
do. in polirtem Nussbaum-Gehäuse, ca. 1 Mtr. lang, 14 Tage gehend . v. 14 M. an
Wieder-Uhren in verschied. Mustern v. 3,50 M. an

Bitte genau auf die alte Firma: **Oranienstrasse 152** zu achten.

Reparaturen nach Uebereinkunft.
Gehälter - Uhren verhängen 1,50 Mtr.

Soeben erschien:

Die Neue Zeit. Heft 3.

Gelangt jeden Sonnabend früh zur Ausgabe.
Preis pro Heft 20 Pfg.
Zu beziehen durch die Expedition, Beuthstraße Nr. 3.
Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Erstes und ältestes Geschäft des Ostens!

(Gegründet 1879.)

Central-Bazar

für Herren- und Knaben-Garderobe

Jul. Lindenbaum,

139 Grosse Frankfurterstrasse 139

(zweites Haus von der Fruchtstraße),
empfehlen sein großes Lager in Herren- und Knaben-Garderoben
vom einfachsten bis zum elegantesten Genre zu billigsten Preisen.
Spezialität: Anfertigung nach Maass.

Gr. Lager in- und ausländischer Stoffe.
Vereins-Mitgliedern, die sich als solche legitimiren,
gewähre 5 pCt. Rabatt.

64. Waldemarstraße 64.

Schuh- und Stiefel-Waaren-Lager

Ernst Grossmann.

Große Auswahl in Herren-, Damen- u. Kinder-Schuhen
und -Stiefeln jeder Art.

Reelle Bedienung. Billige Preise.

Feste Preise.

Für Mark 38

Winter-Paletots

in allen Farben, elegant sitzend, gut gearbeitet.

J. Baruch (vormals Adler & Baruch),

143. Oranienstraße 143,

zwischen Morihplatz und Brandenburgstraße.

Feste Preise.

Möbel, Spiegel und Polster-Waaren,

reelle Waare zu soliden Preisen. Ganze Ausstattungen
in Mahagoni u. Buchbaum; Büchermöbel in großer
Auswahl empfiehlt Franz Tutzauer, S.O., Köpnickstr. 25,
nahe d. Köpnickbrücke.

Unzerreißbare
Unzerreißbare

Handschuhe
verkauft
Henri
Littmann
Oranienstr. 140.

Es ist mir gelungen

im Sommer Auktionen

850 hohelegante Herren-Wint.-Paletots,
650 hohelegante Damen-Winter- u. Regen-
Mäntel, 450 hohelegante Knaben- und
Mädchen-Paletots, 400 hohelegante Herren-
und Knaben-Anzüge u. 900 hohelegante
Damen- u. Kinder-Kleider in seidenen u.
woll. Stoffen zu erwerben u. verkaufen ich,
zu erstaunlich billigen Preisen.

Lucke, Neanderstr. 9,

Ecke Schmidtstr.

Bitte genau auf Hausnummer und Namen zu achten. 972

L. Hirschfeld.

Herren- u. Knab.-Garderobe

69. Kastanien Allee 69

(Ecke Schwedterstraße).

Zu verkaufen mit wirklich geringem
Aufwand u. bin infolge vortheilhafter
Einkäufe v. Stoffen in d. Lage für
wenig Geld nur Gutes z. liefern, z. B.
Wint.-Herren-Anzüge, hoheleg. v. 11-50 M.
Burschen-Paletots . . von 8-24 M.
Knaben-Paletots . . . 3,75-12 M.
Eleg. Herren-Anzüge . . 12-48 M.
Knab.-Anzüge f. jed. Alt. . 3,50-16 M.
Stoff-Hosen 5-19 M.
Burschenhosen i. Stoff . . 4-7 M.
Bedeutend. Vorrath i. Engl. Leder-
hosen u. Jaquots sowie Drell-Anzug.
Anfert. u. Maass immerh. 24 Stund.
unt. Garantie vorzüglich. Sitzens.

Jede Uhr
zu repariren und zu reinigen kostet bei
uns unter Garantie des Gutgehens nur
1 M. 50 Pf. (außer Bruch), kleine
Reparaturen billiger. Lager aller Arten
neuer und gebrauchter Uhren. Verkauf
zu erstaunlich billigen Preisen. 159
E. Rothert & Stolz, Uhrmacher,
Andreasstr. 62, Chausseest. 78,
Alte Schönhauserstr. 25.

Nothabak A. Goldschmidt,
Spandauerbrücke 6,
an hiesigen Plage bekanntlich
Größte Auswahl. Garantirt
sicher brennende Tabake.
Streng reelle Bedienung, billigste
Preise! Sämtliche im Handel
besindl. Nothabake sind am Lager.
A. Goldschmidt, Spandauerbr. 6,
am Lade'schen Markt. 746

Bitte lesen Sie!

Jedem, der billig und reell kaufen
will, empfehle mein reichhalt. Lager in

Winter-Paletots,

Rock- und Jaquet-Anzüge, einzelnen
Röcken, Jaquots, Hosen und Westen,
Stiefeln, Hüten, Botten, Wäsche, Uhren,
Reise- und Kolzkoffern etc., sowie
Damen-Mänteln und Kleidern.

Alles in alt und neu! Kaufe sämt-
liche Sachen auf Auktionen und von
Verkäufern, auch sind verlässene Pfänder
dabei, daher die enorm billigen Preise.

A. Wergien,

Schneidermeister. (Gegründet 1874.)

127. Skalitzerstr. 127.

Bitte sehr, recht genau auf Namen
und Hausnummer zu achten. 2347

Allen Genossen und Freunden theile
ich hierdurch mit, daß ich mein
Cigarren-Geschäft am 1. Oktober
nach der Mantuffelstraße 9 verlege.

C. Reinicke,

Mantuffelstr. 112a. 2381

Möbel, Spiegel und

eigener Gr. Lager, bill. Preise.

Fabrik. Emil Heyn,
Brunnenstraße 23, Hof parierre.
Theilzahlung nach Uebereinkunft.

Geschäftshaus S. Heine
Chausseest. 14.
Die schönste: 741
Kinderkleider und -Jacken
für Mädchen jeden Alters, sowie
Morgenröde, Unterröde,
Trikottailen u. Blonjen,
auch im Einzelverkauf sehr billig!
Maßbestellungen u. Reparaturen
werden prompt erledigt!
Normal-Unterleider und Zeit-
tagen für Herren, Damen und
Kinder. Strümpfe, Socken, Hand-
schuhe etc.
Geschäftshaus S. Heine.

Jede Uhr unter Garantie
zu repariren kostet bei mir
(außer Bruch) 1,50 Mk.
Kleine Reparaturen entsprechend billiger.
Uhren, Gold- u. Silberwaaren
C. Wunsch, Hannenstr. 38,
u. d. Oranienplatz

Quittungsmarken u.
Santignatpompelade.
von Konrad Müller,
Schwendt-Leipzig,
empfehlen sich allen Arbeit-
verreinen, Krankenkassen etc.
Ausführ. sauber u. schnell.
Preislisten gratis u. franco

Bettfedern!
durchaus gute, gerein. Waare, bill. bei
H. Marcus, Reinkendorfer-
strasse 5.

Große Auswahl!
Stiefel und Schuhe,
die gut halten, billigst feils bei
dem Alten. Adalbertstr. 80.
476] C. Wolf, Schuhmachermeister

Filz- und
Seidenhüte
(nur mit Arbeiter-Kontrollmarke)
Jacobs in großer Auswahl empfehlen
zu billigen Preisen
Carl Raettig,
Hutmacher,
Fehrbellinerstrasse No. 88, part. 1126
(vis-a-vis der Apotheke).

Martin Klein,
2225
Uhrmacher,
25 Neue Hochstr. 25
empfehlen sein Lager aller Arten
Band- und Taschen-Uhren.
Reparaturen zu soliden Preisen.

Zum
Roth. Cylinderhut
Nur Hüte
mit Arbeiter-Kontrollmarke.
Staligerstraße 131, neben Felsentempel,
Wilhelm Zapel, Hutmacher.

Hut-Fabrik
Glückerstraße 11, vis-à-vis der
Kreuz-Kirche. Wilhelm Böhm.
Sämtliche Hüte mit Kontrollmarke.
Großes Lager in Schirmen. Reelle
Bedienung.

Alb. Hintze, Schuhmacher-
meister,
Dalldorferstr. 13, dicht am Weddingplatz,
empfehlen sein Lager fertiger
Schuhwaaren
für Herren, Damen und Kinder.
Solide Waare zu billigsten Preisen.
Bestellungen nach Maass sowie Repa-
raturen prompt und billigst.

Zur gefälligen Beachtung!
Mein seit 1867 gegründetes
anerkannt reelles

Herren- und

Knaben-Garderoben-Geschäft.

welches schon seit 15 Jahren im
sich des besten Renommee's erfreut,
pfehlen sein reichhaltig assortirtes
in eleganten, als auch Arbeit-
tügen zu den anerkannt billigsten
Preisen.

S. Grabowski,
Dennewitzstraße 21,
Ecke der Bülowstraße.

NB. Große Auswahl von
haltenen getragenen Herren-
und Paletots.

Meyer's, Brockhaus
Lexico, Bücher, Bibliothek etc.
A. Hannemann, Kochstr. 56, I. Etage.

Ich habe keine Filialen und stehe mit ähnlich
lautenden Firmen in keinerlei Beziehung.
Deshalb kommen Sie nur
bei Ihrem Einkauf von Herren-, Knaben-Garderoben
und Klebefächern zu
J. Baer,
Berlin N., Gesundbrunnen,
Badstraße 18,
Ecke Stettinerstraße,
woselbst Sie in jeder Beziehung streng reell
bedient werden, denn sämtliche Waaren werden
nicht in Stettin, sondern hier in eigener
Werkstatt angefertigt.

Winterpaletots! Winterpaletots!
Grosse Posten!
à Stück 12, 15, 18, 20-36 Mk., auch nach Maass billig
angefertigt.
Kein Laden. Adalbert Stier, Kein Laden.
1. Etage 70. Kommandantenstr. 70, 1. Etage.